



Nr. 02 / Juli 2015

---

---

# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

Medien

Politik

**SAGE UND SCHREIBE –**

Medien

**POLITIK &**

**MEDIEN**

POLITIK

**IN SCHLESWIG-HOLSTEIN**

olitik

MEDIE

## INHALT

<b>POLITIK UND MEDIEN:</b>	<b>4 – 11</b>
Tageszeitung, TV, Twitter: der Medienmarkt im Lande	4
Journalist Peter Höver über die Landespressekonferenz	6
Angebote des Landtages: Internet und Pressespiegel	7
Eine Plenardebatte und ihr Echo im Social Web	8
Wie Abgeordnete kommunizieren	10
<b>Die Seite fürs Ehrenamt</b>	12
<b>Personalien</b>	13
<b>Ausschüsse:</b>	
Europa, Olympia, Wahlbeteiligung	14
<b>TAG DER OFFENEN TÜR:</b>	<b>17 – 19</b>
Buntes Bürgerfest im Landeshaus	17
Gäste werden König und Königin	18
<b>PLENARBERICHTE</b>	<b>20 – 21</b>
Neues Hundegesetz ohne Rasseliste	20
Votum für die Homo-Ehe	21
Wahlkreise neu geschnitten	22
<b>Im Rückblick: Nationalpark Wattenmeer startete 1985</b>	24
Meldungen rund ums Landeshaus	25
<b>PLATTDÜÜTSCH</b>	<b>26 – 27</b>
Poetry-Slam in'n Plenarsool	26
Platt in den Medien, Emmi verliehen	27
<b>POLITISCHE BILDUNG</b>	<b>28 – 30</b>
Wirtschaftsprofessor Klodd kommentiert TTIP	28
Stasi-Akten und Afghanistan-Veteranen	29
70 Jahre Kriegsende	30
Nachgehakt, Vorlesewettbewerb	31
<b>Der Landtag in Leichter Sprache:</b> Krach-Mach-Tach	32
<b>Im Porträt:</b> Heike Franzen (CDU)/ Impressum	34
<b>Ins Bild gerückt:</b> Besucher im Landeshaus	35
<b>Termine, Termine, Termine</b>	36

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

kaum ein Lebensbereich hat sich in den letzten Jahren stärker gewandelt als die Kommunikation. Jeder, der das möchte, kann sich zu jeder Zeit mit beinahe jedem Ort der Welt vernetzen. Das Internet und die sozialen Netzwerke haben auch für Zeitungen, Fernsehen und Radio ein neues Umfeld geschaffen. Das stellt die Politik vor Herausforderungen. Wir werfen in dieser Ausgabe einen Blick in die schleswig-holsteinische Medienlandschaft, verfolgen eine Plenardebatte im Social Web und fragen bei Abgeordneten nach, über welche Kanäle sie sich an die Öffentlichkeit wenden.

Das Landeshaus erlebte ein ereignisreiches Frühjahr. Neben den Plenardebatten und Ausschusssitzungen war das Haus an der Förde Schauplatz von zahlreichen Lesungen, Vorträgen und Aktionstagen. Höhepunkt war der Tag der offenen Tür, als 15.000 Gäste in den Landtag kamen. Entsprechend ist diese Ausgabe mit 36 Seiten umfangreicher als gewohnt.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und einen schönen Sommer!

Ihre Redaktion

## 42.000 Stimmen für Gott in der Verfassung

Ordentlich zu schleppen hatte Landtagspräsident Klaus Schlie Mitte Juli, als er genau 42.021 Unterschriften entgegennahm, die die Volksinitiative für einen Gottesbezug in der Landesverfassung gesammelt hatte.

„Wir sind außerordentlich stolz“, sagte Ex-Regierungschef Peter Harry Carstensen als Vertreter der Initiative bei der Übergabe der Stimmzettel. Schlie zeigte sich beeindruckt von der erst im März gestarteten Aktion: Noch nie sei eine Volksinitiative in so kurzer Zeit so erfolgreich gewesen. Der Landtagspräsident kündigte eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema im Landtag an. Das Parlament hatte die Verfassung im vergangenen Oktober geändert, wobei die für einen Gottesbezug nötige Zweidrittel-Mehrheit nicht zustande kam.

Nun prüft zunächst das Innenministerium die Stimmzettel nach. Die Hürde liegt bei 20.000 gültigen Unterschriften. Der Innen- und Rechtsausschuss muss dann formal feststellen, ob die Volksinitiative alle gesetzlichen Vorgaben eingehalten hat. Bestätigt der Landtag diese Prüfung,



muss er bis spätestens April 2016 eine inhaltliche Entscheidung treffen. Inzwischen zeichnet sich die Chance für eine Kompromissformel ab, die Befürworter und bisherige Gegner akzeptieren könnten.

ZÄHLBARES

Rund

**1.400.000.000**

Menschen sind weltweit beim sozialen Netzwerk Facebook angemeldet. Das besagen Firmenstatistiken. Mehr zu den Entwicklungen auf dem Medienmarkt:

Seite 4

## Fall „Friesenhof“: PUA und „Runder Tisch“

Der Landtag will Konsequenzen aus dem Fall „Friesenhof“ ziehen. Die Opposition hat einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) angekündigt, die Koalition setzt auf einen „Runden Tisch“ zur Heimerziehung.

Den Antrag zur Einsetzung des PUA wollen CDU, FDP und Piraten nach der Sommerpause vorlegen. Um den Ausschuss einzurichten, reichen die Stimmen eines Fünftels der Landtagsabgeordneten. Ein PUA lädt Zeugen vor und sammelt in öffentlicher Sitzung Beweise, die dann in nicht-öffentlicher Sitzung beraten werden. Am Ende steht ein Abschlussbericht. Den Vorsitz hätte turnusgemäß die CDU.

Hintergrund: Zwei „Friesenhof“-Heime für Mädchen mit Suchtproblemen oder krimineller Vergangenheit waren Anfang Juni in Dithmarschen geschlossen worden, weil Fachpersonal fehlte und es Berichte über erniedrigende pädagogische Methoden gab. Die Opposition wirft dem Sozialministerium und Ministerin Kristin Alheit (SPD) Missmanagement vor: Es sei zu spät und unzureichend reagiert worden. Allein aus den Ministeriumsakten, die dem Sozialausschuss vorliegen, ließen sich die Vorfälle und die Abläufe im Ministerium nicht rekonstruieren, heißt es bei der Opposition.

Im Juli hat die Mehrheit von SPD, Grünen und SSW den Sozialausschuss aufgerufen, einen „Runden Tisch“ zur Heimerziehung einzurichten. Ziel ist es, die Situation in den Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtungen gemeinsam mit Experten zu diskutieren und Handlungsfelder für eine Weiterentwicklung der Heimerziehung aufzuzeigen.

## Griechenland, Dänemark: Appell an europäische Werte

**Angesichts der Griechenland-Krise und des Regierungswechsels in Dänemark hat der Landtag an die gemeinsame europäische Identität appelliert – allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten.**

„Europa muss in der Krise zusammenstehen“, forderten SPD, Grüne und SSW in der Juli-Sitzung. Der sozialdemokratische Fraktionschef Ralf Stegner sprach der griechischen Bevölkerung seine Solidarität aus und forderte einen „europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt“. Die „Austeritätspolitik“, die alle Lasten auf die Bevölkerung abwälze, müsse ein Ende haben. CDU und FDP sahen hingegen zunächst die griechische Regierung in der Pflicht. Rainer Wiegand (CDU) mahnte „endlich grundlegende Reformen“ in Verwaltung und Wirtschaft an. Europa sei zwar eine „Gemeinschaft gemeinsamer Werte“, aber auch „gemeinsamer Regeln“.

Ekkehard Klug (FDP) lenkte den Blick auf das nördliche Nachbarland. Dort zieht die neue Mitte-Rechts-Regierung die Wiedereinführung von Kontrollen an der deutsch-dänischen Grenze in Betracht. Klug kritisierte dies angesichts eines zunehmenden Rechtspopulismus in der EU als „fatales Signal“. Europaministerin Anke Spoorendonk (SSW) verwies auf den neuen dänischen Außenminister Kristian Jensen. Der habe bei seinem Antrittsbesuch in Berlin erklärt, dass es keine permanenten Kontrollen geben werde. Kopenhagen wolle allerdings stichprobenartig kontrollieren und die elektronische Kennzeichenerfassung ausweiten. Der Europaausschuss befasst sich weiter mit dem Thema.

### WORTWÖRTLICH:

„Mensch und Tier im echten Norden soll es gut gehen.  
Mit dem neuen Hundegesetz leisten wir dazu einen guten Beitrag.“  
(Detlef Matthiessen, Grüne)

„Es ist gut, dass dieses Gesetz nicht im Windhundverfahren  
durchgepaukt worden ist“  
(Oliver Kumbartzky, FDP)

„Hunde werden nicht aggressiv geboren, sondern sie können  
durch den Menschen so abgerichtet werden.“  
(Sandra Redmann, SPD)

„Ich gebe Ihnen Recht, das eigentliche Problem liegt oft am  
anderen Ende der Leine, aber beißen tun immer noch die Hunde.“  
(Heiner Rickers, CDU)

Aus der Zweiten Lesung zum neuen Hundegesetz  
am 17. Juni. Mehr auf Seite 20.

## Diäten steigen um 1,9 Prozent

Die Diäten der 69 Landtagsabgeordneten sind zum 1. Juli turnusgemäß gestiegen. Nach den Berechnungen des Statistikamtes Nord ergibt sich ein Plus von 1,9 Prozent oder 146 Euro, so dass ein Abgeordneter auf ein Grundgehalt von 7.869 Euro im Monat kommt. Maßstab für die Anhebung ist die Lohnentwicklung in Schleswig-Holstein. So sieht es das Abgeordnetengesetz seit 2008 vor. Der Landtag hat diese Regelung auch für die laufende Wahlperiode übernommen. Dabei werden die Lohnsteigerungen des vergangenen Jahres in der freien Wirtschaft zu rund 80 Prozent und die der Angestellten im öffentlichen Dienst und der Beamten zu jeweils etwa zehn Prozent berücksichtigt.

## Piraten-Führung tritt ab

Das Führungstrio der Piraten im Landtag ist Ende Juli zurückgetreten.

Fraktionschef Torge Schmidt gab seinen Posten auf, ebenso wie seine Stellvertreterin Angelika Beer und der Parlamentarische Geschäftsführer Sven Krumbek. Sie hatten in der sechsköpfigen Fraktion keine Mehrheit für ein Konzept erhalten, mit dem sie den Wiedereinzug in den Landtag bei der Wahl 2017 sicherstellen wollten.

Die Piraten sitzen in Schleswig-Holstein seit 2012 im Landtag. „Den Wechsel zu einer anderen Fraktion oder den Austritt aus der Fraktion schließen wir aus“, sagte Schmidt für das Trio, das eine etwas striktere Führung wollte und kommissarisch bis zu einer Neuwahl im Amt bleibt. Eine Spaltung bedeute die Entscheidung nicht.

Aus den anderen Fraktionen verlautete Bedauern über den Rücktritt des Vorsitzenden Schmidt. Die Zusammenarbeit sei „vertrauensvoll“ gewesen.

Mehr Personalien: Seite 13

## Plenarsitzungen 2016

**Anfang Juli hat der Ältestenrat die Plenar-Termine für das kommende Jahr abgesegnet. Der Landtag kommt im Jahr 2016 zehn Mal zusammen, jeweils von Mittwoch bis Freitag:**

20. bis 22. Januar

17. bis 19. Februar

9. bis 11. März

27. bis 29. April

8. bis 10. Juni

20. bis 22. Juli

21. bis 23. September

12. bis 14. Oktober

16. bis 18. November

7. bis 9. Dezember.

Mehr Termine: Seite 36.





# Tageszeitung, TV, Twitter: Politik und Medien in Schleswig- Holstein

**V**or 50 Jahren war die Medienlandschaft überschaubar. Das Wichtige stand jeden Morgen in der Tageszeitung. Aktuelle Nachrichten sendete das Radio. Ab den 1960er Jahren flimmerten zudem die öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme von ARD und ZDF in so gut wie jede Wohnstube. Inzwischen ist es mit der Beschaulichkeit vorbei. Internet und Smartphone haben den Medienmarkt revolutioniert, und alte Grenzen sind verschwunden. „Crossmedia“ heißt das Stichwort. Tageszeitungen liefern heute auch Online-Angebote – Texte, Bilder oder auch Videos auf eigenen YouTube-Kanälen. Fernsehzuschauer können die Sendungen zeitversetzt am Heim-PC oder unterwegs schauen. Medienmacher, aber auch Nutzer, verbreiten eigene Inhalte über soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter. Nachrichtenportale aktualisieren ständig ihr Angebot – die Schlagzeile vom Morgen ist mittags oft schon überholt.

All das hat Auswirkungen darauf, wie Bürger sich über Politik informieren und wie Politiker mit ihren Wählern kommunizieren. Auf den folgenden acht Seiten werfen wir einen Blick auf die heutige Medienlandschaft in Schleswig-Holstein. Wir spüren nach, wie Journalisten über den Landtag berichten, wo der Landtag selbst aktiv ist und wie Abgeordnete kommunizieren.



## Medienmarkt I:

### Zeitungen unter Druck

33 Zeitungstitel kommen jeden Tag im Lande heraus, einige mit unterschiedlichen Lokalausgaben. Publiziert werden sie von elf teilweise miteinander verwobenen Verlagen. In Zeiten des Internets ist das klassische Printprodukt auch im Norden unter erheblichen wirtschaftlichen Druck geraten. Kleinanzeigen wandern in Online-Portale ab, und die Zahl der Käufer und Abonnenten sinkt. Die Folge: Arbeitsplätze gehen verloren. Laut der „Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern“ (IVW) ist die Auflage der „Kieler Nachrichten“ seit Anfang 2005 von knapp 149.000 auf 98.500 Exemplare gesunken. Die „Lübecker Nachrichten“ verzeichneten im gleichen Zehnjahreszeitraum einen Rückgang von 113.000 auf 95.000. Beim „Flensburger Tageblatt“ schrumpfte die Auflage von 39.000 auf 31.000.

Um gegenzusteuern, nutzen auch die Verlage die neuen Medien: Bereits mehrere tausend Abonnenten bekommen ihre Zeitung nicht mehr in den heimischen Briefkasten geliefert, sondern als E-Paper auf ihren Tablet-PC. Extra-Einnahmen versprechen sich die Blattmacher von ihrem Online-Angebot, das teilweise kostenpflichtig ist. Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (sh:z) informiert seit April täglich per Newsletter aus der Chefredaktion über seine Arbeit – erhältlich als Mail und über WhatsApp.

Doch auch in der Print-Krise gilt: Deutschland liest Zeitung. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger weist darauf hin, dass rund 70 Prozent der Über-14-Jährigen täglich einen Blick in eine Gazette werfen.

## Medienmarkt II:

### Breitband auf dem flachen Land

Schleswig-Holstein ist ein Paradies für Surfer, aber wer im Internet auf eine schnelle Welle wartet, der hat häufig mit Flauten zu kämpfen. Vor allem der ländliche Raum hinkt beim Breitband-Ausbau wie auch beim mobilen WLAN-Empfang hinterher – und damit beim Zugriff auf schnelle Informationen. Die EU hat das Ziel ausgegeben, bis 2020 flächendeckend eine Übertragungsrate von 30 Mbit pro Sekunde zu erreichen. Die Bundesregie-

rung strebt 50 Mbit bis 2018 an. Diese Marke wird beispielsweise an der Westküste und in Ostholstein derzeit deutlich unterschritten. Der Breitbandatlas des Bundesverkehrsministeriums weist hier eine Versorgungsrate mit schnellem Internet von unter zehn Prozent aus. In den Städten und im Hamburger Rand werden hingegen 70 bis 100 Prozent erreicht.

Wer ins Netz vordringt und politische Nachrichten sucht, greift zumeist auf große

überregionale Portale zurück. Laut IVW ist in Deutschland „bild.de“ die Nummer eins (300 Millionen Zugriffe im April 2015), gefolgt von „spiegel-online“ (203 Millionen) und „focus-online“ (111 Millionen). Die deutschlandweit erfolgreichsten Regional-Angebote waren die Online-Ausgaben des „Kölner Express“ und der „Rheinpfalz“ mit je rund 15 Millionen Besuchen.



## Medienmarkt III:

### Milliardenfache „Likes“ im Social Web

Teilen und Liken sind weltumspannende Hobbys. Laut Firmenangaben sind 1,4 Milliarden Menschen bei Facebook registriert. 890 Millionen sind demnach täglich in dem sozialen Netzwerk unterwegs und urteilen pro Tag sieben Milliarden Mal: „Gefällt mir.“ In Deutschland gehen Branchenkenner von rund 27 Millionen Facebook-Fans aus. Den Kurznachrichtendienst Twitter nutzen nach Schätzung der Gesellschaft für Integrierte Kommunikationsforschung etwa zehn Millionen Deutsche. Andere Studien gehen hingegen von lediglich einer Million Menschen aus, die Tweets schreiben oder lesen. WhatsApp soll bei 20 Millionen, Google+ bei neun Millionen und Instagram bei drei Millionen deutschen Nutzern liegen.

Auch die 69 Abgeordneten des Landtages haben den direkten Kanal zum Bürger über ein soziales Netzwerk für sich entdeckt. 52 von ihnen sind bei Facebook registriert, 27 bei Twitter (Stand: Anfang Juni).



## Medienmarkt IV:

### Nordsee-, Ostsee- und Radiowellen

80,6 Prozent der Schleswig-Holsteiner ab 14 Jahren schalten wochentags das Radio ein. Das besagt die Media-Analyse der Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein (MA HSH) für 2014. Im Schnitt läuft der Apparat 193 Minuten am Tag – mehr als drei Stunden. Der Hörfunk ist im Lande bei älteren Menschen deutlich beliebter als bei jüngeren. Über-50-Jährige lassen rund 200 Minuten am Tag das Radio laufen, 30- bis 49-Jährige sogar 230 Minuten. Bei den Unter-30-Jährigen sind es hingegen nur gut 100 Minuten.

Laut MA HSH sind die beliebtesten Sender zwischen Nord- und Ostsee NDR 2 (22,6 Prozent Marktanteil), NDR 1 Welle

Nord (19,8 Prozent) und R.SH Radio Schleswig-Holstein (17,9 Prozent). Es folgen N-JOY (6,7 Prozent) und Radio Hamburg mit 4,5 Prozent vor delta radio (3,5 Prozent), Radio NORA (2,9 Prozent) und NDR Info (2,5 Prozent).

Weitere Stationen könnten in nächster Zeit dazukommen: Die MA HSH will im Laufe des Jahres Lizenzen für Lokalradios im Lande vergeben. Auf Sylt und in Lübeck soll je ein kommerzieller Sender an den Start gehen. Hinzukommen sollen drei nicht kommerzielle Programme in Flensburg, Rendsburg und Neumünster. Allerdings ist noch unklar, wie sich die ehrenamtlichen Radiomacher finanzieren werden.

## Medienmarkt V:

### Das Fernsehen und die Macht der Bilder

Trotz des Online-Booms: Die Glotze bleibt das deutsche Leitmedium. 219 Minuten pro Tag, also mehr als dreieinhalb Stunden, lief der Fernseher im Jahr 2014 in einem durchschnittlichen Haushalt. Das besagen Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Fernsehforschung (AGF).

In Norddeutschland wurde im vergangenen Jahr das erste Programm der ARD mit einem Anteil von 12,7 Prozent am häufigsten eingeschaltet, gefolgt vom ZDF mit 12,5 Prozent. Deutschlandweit liegt laut AGF hingegen das Zweite vor dem Ersten. Weitere Lieblingssender der Nordlichter sind RTL (11,0 Prozent), Sat.1 (8,6 Prozent) und das dritte Programm des NDR (8,1 Prozent).

Wer sich über Landespolitik informieren möchte, schaltet bevorzugt das „Schleswig-Holstein-Magazin“ des NDR an. Die halbstündige Sendung erreicht jeden Tag ab 19:30 Uhr rund 250.000 Zuschauer und hat einen Marktanteil von etwa 30 Prozent. Der Rundfunkstaatsvertrag schreibt den beiden reichweitenstärksten Privatsendern (zurzeit RTL und Sat.1) vor, aus Gründen der Meinungsvielfalt ein Regionalfenster anzubieten. Das RTL-Nord-Programm für



Schleswig-Holstein und Hamburg wird montags bis freitags zwischen 18:00 und 18:30 Uhr nach Senderangaben von rund 110.000 Zuschauern gesehen. „Sat.1 Regional“ geht wochentags ab 17:30 Uhr auf Sendung.

Öffentlich-Rechtliche und Private unterscheiden sich stark, was ihre Inhalte und ihr Publikum angeht. So hatten die Programme von ARD und ZDF im vergangenen Jahr einen Informationsanteil von etwa 45 Prozent. Das besagt eine Studie der Landesmedienanstalten. Bei RTL waren es nur 26 Prozent Info-Anteil – 55 Prozent waren Unterhaltung. Der durchschnittliche RTL-Zuschauer ist 46 Jahre alt, der NDR-Seher hingegen 62.

## Korrespondent Peter Höver:

### „Die nötige Distanz darf nicht verloren gehen“

Die Journalisten, die über Landespolitik berichten, sind in der Landespressekonferenz (LPK) zusammengeschlossen. Peter Höver, Vorsitzender der LPK, spricht im Interview über das Selbstverständnis der Journalisten und ihr Verhältnis zur Politik. Höver, 58, ist seit 1982 Landeshaus-Korrespondent und seit 2010 bereits zum zweiten Mal LPK-Vorsitzender. Der gebürtige Münsterländer war bis zum Jahr 2000 bei den „Kieler Nachrichten“ und arbeitet inzwischen für den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (sh:z).

#### Herr Höver, warum gibt es die Landespressekonferenz?

Anfang der 1950er Jahre haben sich Journalisten in Schleswig-Holstein die Frage gestellt, wie wir am schnellsten Pressekonferenzen veranstalten und so am effizientesten an Informationen kommen können. Nach dem Vorbild der 1949 gegründeten Bundespressekonferenz gibt es seither die LPK, die im Regelfall zweimal in der Woche tagt: am Dienstag mit Kabinetthemen, am Donnerstag mit Themen aus Politik, Wirtschaft oder Kultur.

#### Wie würden Sie das Verhältnis von Journalisten und Politikern beschreiben? Wie viel Nähe ist möglich, wie viel Konfrontation ist nötig?

Beide Seiten sind natürlich aufeinander angewiesen. Ohne Politiker hätten wir weniger Nachrichten, ohne Journalisten hätten Politiker weniger Möglichkeiten, ihre Botschaften im Wahlvolk zu verbreiten. Natürlich entwickelt sich im kleinen, überschaubaren politischen Biotop des Landeshauses irgendwann so etwas wie soziale Nähe. Beide Seiten sind dennoch gut beraten, darauf zu achten, dass die nötige professionelle Distanz nicht verloren geht. Als Journalist sage ich: Wer zu nahe dran ist an einem Politiker, der hat bald die Schere im Kopf und guckt nicht mehr richtig hin. Wer aber zu weit weg ist von seinen Gesprächspartnern, der erfährt nichts mehr.

#### Wie ist das Verhältnis der Journalisten untereinander? Sind Sie Kollegen oder Konkurrenten?

Wir sind beides. Wir treten als Kolleginnen und Kollegen in der Landespressekonferenz gemeinsam der Politik gegenüber und lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Wir sind aber selbstverständlich auch Konkurrenten, die im Wettbewerb stehen um die exklusive Nachricht.

#### Sie sind seit über 30 Jahren Landeshauskorrespondent. Was ist der größte Unterschied zwischen den 1980er Jahren und heute?

Was sich verändert hat, ist zum einen die Geschwindigkeit, mit der Nachrichten heute verbreitet werden. Das Internet hat hier Vieles verändert. Zum anderen ist die Art und Weise, wie politische Sachverhalte aufgearbeitet werden, eine andere geworden. Ich erinnere mich an Zeiten, da

wurde über eine Haushaltsdebatte des Landtages auf anderthalb Zeitungsseiten berichtet. Jeder Abgeordnete sollte mit ein paar Zeilen zu Wort kommen. Durch so etwas würde sich heute niemand mehr durchquälen. Heute heißt es: hintergründig, kurz und bündig auf den Punkt gebracht.

#### Die LPK vergibt jedes Jahr eine hölzerne Ente als Auszeichnung für Auffälligkeiten oder auch Fehlritte im Umgang mit der Presse. Wem würden Sie eine „Ente“ fürs Lebenswerk verleihen?

Zwei Abgeordnete kämen da durchaus infrage. Beide gehören dem Landtag schon lange an: der SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner und sein FDP-Amtskollege Wolfgang Kubicki. Das sind zwei politische Alphatiere, deren Lust an der Auseinandersetzung im Parlament immer wieder für lebendige Debatten sorgt. Nur scheint es so, dass uns Journalisten diese beiden Herren im Jahr 2017 abhanden kommen könnten. Ein Abgang des Duos in den Bundestag ist jedenfalls nicht ausgeschlossen. Das wäre schade für diesen Landtag und schade für die Journalisten.

Interview: Karsten Blaas

## Politik-ABC

In der Satzung der Landespressekonferenz ist eine Art Code festgeschrieben, der die Vertraulichkeit von Informationen beschreibt. Bei einem Gespräch zwischen einem Politiker und einem Journalisten soll stets klar sein, ob eine Auskunft „unter A“, „unter B“ oder „unter C“ läuft.

Peter Höver erklärt die Unterschiede:

**Unter A:** „Das bezeichnet das offene Wort, wo die Quelle genannt werden darf. Hierzu zählt beispielsweise alles, was auf Pressekonferenzen gesagt wird.“

**Unter B:** „Hier darf man die Information verwenden, den Informanten allerdings nicht namentlich erwähnen.“

**Unter C:** „Das sind Informationen, die nicht verwendet werden dürfen. Sie sollen nur als Hintergrundwissen dienen, zum Verständnis eines politischen Vorgangs.“

Zweimal pro Woche stehen Politiker Rede und Antwort: Peter Höver leitet die Landespressekonferenz, hier mit Finanzministerin Monika Heinold.







Wer schreibt heute worüber? Rainer Wiegard (CDU) und Rasmus Andresen (Grüne) werfen einen Blick in den Pressespiegel.

## Früh und kompakt: der Pressespiegel

**Die Frühschicht im Landeshaus beginnt um 6 Uhr morgens – mit Zeitunglesen. Vier Mitarbeiter filtern die Tagespresse nach Artikeln, in denen es um Landespolitik geht. Sie stehen unter Zeitdruck, denn um 8 Uhr soll der Pressespiegel fertig sein.**

Abgeordnete und Mitarbeiter der Fraktionen wie auch die Cheftage der Landesregierung werfen morgens als erstes einen Blick in die Presselandschaft. Und der Pressespiegel erspart das Studium von 25 Tageszeitungen und Wochenmagazinen. Kompakt auf etwa 30 DIN-A4-Seiten stehen hier alle Artikel, die an diesem Tag für die Politik interessant sind.

Neben den größeren Regionalzeitungen aus Schleswig-Holstein und Hamburg landen hier auch bundesweite Blätter wie „Bild“, „FAZ“ und die „Süddeutsche“. Dazu kommen am Montag „Spiegel“ und „Focus“ und am Donnerstag „Zeit“ und „Stern“. Den Ertrag ihrer Recherche ordnen die vier Zeitungsleser nach Rubriken, von „Landtag“ und „Minister-

präsident“ bis „Soziales und Gesundheit“. Um 8 Uhr, wenn die Büros sich füllen, steht die Presseschau im Intranet. Gegen 9 Uhr kommt die gedruckte Version.

Um diesen Ausschnitt aus hunderten von Zeitungssseiten herauszuarbeiten, setzen die Frühaufsteher im Landeshaus auf Computertechnik. Alle Tagesblätter und Wochenmagazine stellen ihre Inhalte inzwischen digital zur Verfügung. Und wenn ein Text ein für Parlament und Regierung wichtiges Schlagwort enthält, dann wird er kopiert und übernommen.

Die Schlagwortliste ist ellenlang. Sie enthält die Namen aller schleswig-holsteinischen Abgeordneten aus Landtag, Bundestag und EU-Parlament. Hinzu kommen Minister, Staatssekretäre und Landesbeauftragte. Und außerdem durchforstet der Suchfilter die Presse nach Begriffen, die die politische Debatte bestimmen. Texte, die die Worte Beltquerung, Elbvertiefung, UKSH oder HSH Nordbank enthalten, werden herausgefischt bei der Lektüre um 6 Uhr morgens.

## Jetzt online:

### Neuer Twitter-Kanal, Debatten als Video, alle Dokumente ab 1946

**Der Landtag hat sein Online-Angebot weiter ausgebaut.**

Aktuelle Infos gibt es jetzt über einen neuen Twitter-Kanal. Neuigkeiten zu Plenum, Ausschüssen und anderen Themen rund um das Landeshaus liefert die Online-Redaktion über den Kanal „SH Landtag News“ (@ltshNews). Als Hashtag wird #ltshNews genutzt. „SH Landtag News“ schafft einen Informationsvorsprung: Viele Themen werden bereits in den Ausschüssen diskutiert, bevor sie ein breites Echo in der Öffentlichkeit finden. Solche Themen greift die Online-Redaktion auf. Zudem lassen sich auch kurzfristige Entwicklungen – etwa Änderungen beim Ablauf des Plenums – schnell in 140 Zeichen mitteilen.

Über den neuen Kanal twittet die Online-Redaktion auch Aktuelles aus

„plenum-online“. Hier stehen aktuelle Berichte zur Plenarsitzung sowie Hintergrund-Informationen zu allen Themen, und es gibt Links zu allen Drucksachen der laufenden Tagung. Dieses Angebot erreichen Sie über [sh-landtag.de](http://sh-landtag.de), Rubrik „plenum-online“.

Das neue Twitter-Angebot ergänzt den bereits seit 2009 existierenden Twitter-Kanal „SH Landtag“ (@ParlaNet). Hier werden auch weiterhin Pressemitteilungen der Fraktionen, Beauftragten und der Verwaltung verbreitet.

Auch das ist neu: Alle Plenardebatten seit Anfang 2014 können nun als Video-Stream nachverfolgt werden. Die neue Mediathek ermöglicht es, gezielt einzelne Tagesordnungspunkte anzusteuern oder Beiträge von einzelnen Abgeordneten und Fraktionen auszuwählen. Redebeiträge, die über „Parla-TV“ live übertragen werden, stehen meist ab dem

Folgetag im Archiv zur Verfügung. Nutzer, die tagsüber keine Zeit haben, um die Landtagsdebatten zu verfolgen, können dies nun später nachholen und zudem einzelne Beiträge über soziale Medien verbreiten.

Das Angebot finden Sie unter [sh-landtag.de](http://sh-landtag.de), unter der Rubrik „Aktuell“ in der Mediathek.

Und: Das digitale Archiv des Landtages erfasst nun auch Dokumente aus den ersten Parlamentsjahren ab 1946. Jetzt können zusätzlich rund 13.000 Parlamentsdokumente und Gesetzespapiere abgerufen werden. Bisher reichte das Archiv bis 1983 zurück und umfasste etwa 40.000 Schriftstücke. Das digitale Archiv finden Sie auf [sh-landtag.de](http://sh-landtag.de), unter der Rubrik „Dokumente“ im Landtagsinformationssystem.

# Nachtrag und #hashtag

## Eine Debatte und ihr Echo im Internet

Am 17. Juni diskutierte der Landtag runde zwei Stunden über einen Nachtrag zum Haushalt für dieses Jahr.

Sowohl aus der Koalition als auch der Opposition kamen Vorschläge:

Rot-Grün-Blau wollte die Mittel für Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen um 140 Millionen Euro auf 287 Millionen aufstocken.

CDU und FDP verlangten außerdem mehr Geld für Hochschulen, Krankenhäuser und Straßenbau.

Die Piraten schließlich sorgten sich um die Schuldenbremse in der Landesverfassung.

Wir haben die Debatte verfolgt – sowohl den Schlagabtausch im Plenarsaal als auch die Kommentare, Erwidierungen und Sticheleien im weltweiten Netz. Denn viele Wortduelle finden eine Fortsetzung über Facebook oder Twitter. Ein Protokoll:

11:32 Uhr

Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) eröffnet die Debatte und wirbt für Extra-Ausgaben für Flüchtlinge: „Wir schnüren ein großes, humanitäres Hilfspaket.“ Gleichzeitig zeige die Koalition, „dass sie grundsätzliche Haushaltspolitik kann“. Denn: „Wir konzentrieren uns diszipliniert und schnörkellos auf das Wesentliche.“

Lars Harms (SSW) springt der Ministerin per Twitter bei:



Lars Harms @harms\_lars · 17. Juni

Raus aus dem Schuldenstaat! Finanzministerin Heinold weist den Weg, ohne Sozialabbau und schwarz-gelbe Bildungswüstel #ltsh

1 2

11:43 Uhr

Piraten-Fraktionschef Torge Schmidt attackiert das Regierungslager: „Die Koalition lässt die Chance verstreichen, den kaputtgesparten Hochschulen zu helfen.“ Zudem sieht Schmidt den Konsolidierungskurs in Gefahr: „Was bringt uns die Schuldenbremse in der Verfassung, wenn jede Regierung nach Gutdünken daran rumschraubt?“ Schmidts Rede erscheint kurz darauf per Pressemitteilung:

17.06.2015 12:42 [Torge Schmidt zu Top 7 und 22 Nachtrag zum Haushaltsplan 2015/ Schuldenbremse: Die Koalition vergeigt eine Möglichkeit nach der anderen #6Piraten](#)

Auf eine Zwischenfrage des Grünen-Abgeordneten Rasmus Andresen erklärt Schmidt: „Ich glaube, es ist nicht Aufgabe der Opposition immer Alternativvorschläge zu machen, sondern Hauptaufgabe einer Opposition ist es auch, die Regierung zu kritisieren.“ Andresen kommentiert Schmidts Antwort auf Twitter:



Rasmus Andresen @RasmusAndresen · 17. Juni

Piratenfraktionschef @Torgator findet, dass es nicht Aufgabe der Opposition ist Alternativen vorzulegen. Kritisieren reicht. Aha.

13:26 Uhr

Uli König von den Piraten protestiert auf Facebook noch einmal gegen die Koalitionslinie in der Hochschulpolitik und verweist per Link auf einen Artikel auf „kn-online“ vom März dieses Jahres. Demzufolge hat Wissenschafts-Staatssekretär Rolf Fischer den Unis einen finanziellen „Nachschlag“ in Aussicht gestellt:



Uli König

17. Juni um 13:26 · Kiel ·

Noch mal zur Erinnerung:

Staatssekretär Rolf Fischer hat den Hochschulen noch im März Hoffnungen auf mehr Geld über den Nachtragshaushalt, der heute abgestimmt wurde. Von mehr Geld für Hochschulen findet man darin NICHT. Im Gegenteil, aus dem Sondervermögen Hochschulanerung werden auch noch 35 Millionen entnommen, und 'sollen' 2018 (nach der Wahl) zurückgeführt werden. Der Hochschulpakt 3 soll nach seinem Auslaufen 2023 verstetigt werden (nach zwei Wahlen). Versprechungen einer Regierung für nach einer Wahl sind ungefähr so verlässlich wie die Schuldscheine von Lehman Brothers. SPD, Grüne und SSW lassen die Hochschulen im Regen stehen. Wenn die Koalition so weiter macht, werden in den kommenden tausende Junge Menschen unser Land auf der Suche nach einem guten Studienplatz verlassen müssen. Wir verlieren viele kluge Köpfe, und die Regierung zuckt nur mit den Schultern. Das muss aufhören!

13:20 Uhr

Schlussabstimmung: Die Koalition winkt die eigenen Entwürfe durch und schmettert die Vorlagen der Opposition ab. Einem Entschließungsantrag von Piraten und CDU zur Schuldenbremse stimmen nicht alle Piraten zu.

Das kommentiert Martin Habersaat (SPD) auf Twitter:



Martin Habersaat @martinhabersaat · 17. Juni

Jetzt stimmen die Piraten nicht mal mehr bei eigenen Anträgen einheitlich ab???





11:53 Uhr

„Hochschulen und Polizei haben bei Ihnen überhaupt keine Lobby“, beklagt der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther mit Blick auf die Koalition. Er wirft Ministerin Heinold vor, trotz sprudelnder Steuereinnahmen auf „waghalsige Buchungstricks“ angewiesen zu sein. Günthers Fazit: „Sie sind als Finanzministerin gnadenlos gescheitert.“ Seine Pressemitteilung stellt Günther unter die Überschrift:

17.06.2015 12:08 [Daniel Günther zu TOP 7 und 22: Ministerpräsident muss endlich beweisen, dass er Wahlgeschenke auch aus eigener Kraft erwirtschaften kann](#)

12:02 Uhr

Ralf Stegner warnt die Opposition davor, „die Belange der Flüchtlinge und die Bildungschancen der jungen Generation gegeneinander auszuspielen“. Inhaltlich hätten CDU, FDP und Piraten wenig zu bieten, findet der SPD-Fraktionschef: Die Opposition verlange einerseits einen strikten Sparkurs und andererseits mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur: „Entscheiden Sie sich doch einmal!“

12:15 Uhr

Eka von Kalben, Fraktionschefin der Grünen, attestiert der Finanzministerin, einen „Haushalt mit Netz und doppeltem Boden“ vorgelegt zu haben. Die Opposition hingegen fordere ständig „mehr, mehr, mehr“. „Und dann meinen Sie, uns an die Schuldenbremse erinnern zu müssen. Das ist wirklich lustig.“

12:38 Uhr

Lars Harms (SSW) attackiert die Opposition im Plenum und per Pressemitteilung:

17.06.2015 12:39 [Lars Harms: Wenn die CDU finanzpolitisch schon auf platten Reifen fährt, dann fährt die FDP nur noch auf Felgen](#)

12:25 Uhr

FDP-Finanzexperte Heiner Garg fordert ebenfalls mehr Geld für Unis, Infrastruktur und innere Sicherheit. Die Hochschulpolitik der Regierung sei „ein einziger Offenbarungseid“ und die Polizei leide an einer „noch nie gekannten Arbeitsbelastung“.

17.06.2015 14:41 [Dr. Heiner Garg zu TOP 7 und 22 \(Nachtragshaushalt und Schuldenbremse\): Finanzministerin Heinold darf finanzpolitische Solidität nicht auf dem Altar des Stegnerschen Populismus opfern](#)

12:50 Uhr

Es folgt eine Reihe von Kurzbeiträgen im Plenum. Finanzministerin Heinold wirft der CDU vor, „Finanzversprechen“ von insgesamt 290 Millionen Euro abzugeben.

SSW-Mann Lars Harms greift das über Twitter auf:

**Lars Harms** @harms\_lars · 17. Juni  
Finanzministerin legt Versprechungen der CDU in Höhe von 290 Mio. Euro offen. Das ist finanzpolitische Unvernunft pur!

Gargs Forderungen und die Haushaltsvorschläge der FDP kommentiert Regina Poersch (SPD) via Facebook:

**Regina Poersch**  
17. Juni um 12:44 · Bearbeitet ·

Debatte zum Nachtragshaushalt im Landtag, FDP ruft nach mehr Mitteln für die Polizei und streicht in ihrem "Vorschlag" die Mittel für das Einsatztrainingszentrum auf der Hubertushöhe in Eutin. Nicht mit uns!

15:28 Uhr

Auch Heike Franzen (CDU) greift diesen Kritikpunkt bei Facebook auf:

**Heike Franzen** hat CDU Fraktion Schleswig-Holsteins Foto geteilt.  
17. Juni um 15:28 ·

Auch mit dem heute von SPD, Grünen und SSW verabschiedeten Nachtragshaushalt gehen die Hochschulen leer aus. Noch im März wurde ihnen nach einem Brandbrief der Hochschulrektoren insbesondere wegen der doppelten Abiturjahrgänge Hoffnung auf zusätzliches Geld gemacht. Heute stimmten SPD, Grüne und SSW gegen entsprechende Anträge der Opposition. Statt dessen beschlossen sie, aus dem Sondervermögen Hochschulsanierung 35 Millionen zu entnehmen. Erst nach der Wahl 2017 soll das Loch wieder gefüllt werden – woher das Geld kommt, muss die Nachfolgeregierung entscheiden. Die Regierungsfaktionen beschlossen auch, dass die fünf Millionen Euro für die Containerlösung am UKSH (Folge der Keimkrise) aus dem Hochschuletat aufgebracht werden müssen. Zusätzliches Geld gibt es auch dafür nicht. Und: ob die Hochschulen 2016 mehr Geld bekommen, bleibt unklar. Eine von der CDU beantragte entsprechende Verpflichtungsermächtigung über 30 Millionen Euro lehnten SPD, Grüne und SSW ab.

**Bernd Heinemann, 63, SPD, aus Kiel:**

„Es gibt immer mehrere Wege. Zum einen würde ich versuchen, diesen Erfolg über die Printmedien zu veröffentlichen. In meinem Fall als Abgeordneter für das Kieler Ostufer wären das die **Lokalseiten der Kieler Nachrichten**. Zu den Rundfunk-

und TV-Medien habe ich auch einen ganz guten Draht, da würde ich ebenfalls versuchen, die Nachricht zu platzieren. Ich bin allerdings auch ein Netzwerk-Fan und würde das auch bei **Facebook** bekannt geben. Es kommt aber auf die Art des Erfolgs an. Ist es ein individueller, genieße ich ihn lieber still für mich. Wenn es nützlich für die Menschen oder den Wahlkreis ist, dann sind mir die Medien aber sehr wichtig.“



Wenn Abgeordnete einen Erfolg für ihren Wahlkreis oder in ihrem Fachbereich errungen haben, dann sollen das die Wähler mitbekommen. Und das kann über eine Vielzahl von Medien geschehen: von der Pressemitteilung im Internet über den Kontakt zur Lokalzeitung bis hin zu Twitter und Facebook. Wir haben bei Abgeordneten im Landtag nachgefragt:

*Über welches Medium teilen Sie der Öffentlichkeit einen politischen Erfolg mit ?*

**Flemming Meyer, 64, SSW, aus Handewitt:**

„Für mich ist vor allem die **Flensburg Avis** von Bedeutung. Das ist die Zeitung, die für mich als Mitglied der dänischen Minderheit unheimlich wichtig ist. Zudem habe ich zu der Flensburg Avis persönliche Kontakte und kenne einige der Journalisten (Anm.: auch familiäre Kontakte – Flemming Meyers Vater Karl-Otto Meyer war 20 Jahre lang Chefredakteur der Flensburg Avis). Soziale Medien nutze ich auch, meistens Facebook. Und natürlich verbreite ich Meldungen auch über unseren eigenen Presseticker.“



**Peter Sönnichsen, 61, CDU, aus Wankendorf:**

„Ich würde die **Pressemitteilung (PM)** wählen. Ob ich allerdings die Chance bekomme, das Thema tatsächlich rüberzubringen und in den Medien zu platzieren, das weiß ich natürlich nicht. Denn das entscheiden andere. Soziale Medien nutze ich gar nicht – altersbedingt.“



**Anita Klahn, 55, FDP, aus Bad Oldesloe:**

„Das Medium meiner Wahl wäre die Zeitung – also die **Lübecker Nachrichten** oder das Stormarner Tageblatt. Und natürlich auch **Facebook**. Die Zeitung, das gedruckte Medium, bekommen noch die meisten Menschen zu Gesicht – morgens auf dem Frühstückstisch, in der Bahn, oder sonst im Laufe des Tages. Dazu verbreiten die Medien ihre Informationen natürlich auch über das Internet. Facebook würde ich nutzen, weil ich in diesem Netzwerk sehr viele Kontakte habe. Bei Twitter bin ich zwar auch angemeldet, das nutze ich aber nicht.“





# Tue Gutes und rede darüber – aber wie?



**Birte Pauls**, 49, SPD, aus Schleswig:

„Bei einem großen politischen Erfolg würde ich zunächst auf die Printmedien setzen. Das wären bei mir zu Hause die **Schleswiger Nachrichten**. Außerdem setze ich auf meine **Homepage** und auf **Facebook**. Bei

Facebook erreiche ich sehr viele Menschen, mit denen ich nicht richtig in Kontakt stehe und die nicht unbedingt in meinem SPD-Verteiler sind.“



**Marret Bohn**, 50, Grüne, aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde:

„Ich würde den Erfolg bei **Facebook** veröffentlichen. Weil es das schnellste Medium ist und ich damit die meisten Leute erreiche.“



**Wolfgang Dudda**, 58, Piraten, aus Kiel:

„Ich würde den klassischen Weg wählen: per **Pressemitteilung (PM)**. Die Printmedien sind nicht berechenbar, sie suchen ihre Nachrichten nicht nach Relevanz aus – daher halte ich von denen nicht viel. Facebook traue ich, wie auch die anderen Piraten, aus Datenschutzgründen nicht. **Twitter** wäre für mich das Medium zweiter Wahl, dort sind die Nachrichten aber zu kurz. Daher ist mir die klassische Pressemitteilung am liebsten, die von den öffentlich-rechtlichen Medien aufgegriffen wird. Denn die Öffentlich-Rechtlichen, wie auch die Landtagszeitschrift, haben kein Profitstreben, sondern Anspruch.“

Facebook traue ich, wie auch die anderen Piraten, aus Datenschutzgründen nicht. **Twitter** wäre für mich das Medium zweiter Wahl, dort sind die Nachrichten aber zu kurz. Daher ist mir die klassische Pressemitteilung am liebsten, die von den öffentlich-rechtlichen Medien aufgegriffen wird. Denn die Öffentlich-Rechtlichen, wie auch die Landtagszeitschrift, haben kein Profitstreben, sondern Anspruch.“



**Hartmut Hamerich**, 60, CDU, aus Stockelsdorf:

„Ich glaube, dass man mit der Presse vernünftig zusammen arbeiten kann. Die Zeitung wäre daher das, was am ehesten für mich in Frage käme – in meinem Fall also hauptsächlich die **Lübecker Nachrichten**. Facebook ist nicht mehr das Medium meiner Wahl, vor circa zwei Jahren habe ich mich dort abgemeldet. Denn wenn man seinen Account vernünftig betreiben will, kostet das sehr viel Zeit. Und nach den Erfahrungen einiger Fraktionskollegen mit Facebook habe ich es vorgezogen, das lieber zu lassen. Und meinen Account von Anderen betreiben zu lassen, das möchte ich nicht. Ich möchte selbst der Verantwortliche sein, um nicht jemandem die Schuld geben zu müssen, der etwas falsch dargestellt hat.“

Ich glaube, dass man mit der Presse vernünftig zusammen arbeiten kann. Die Zeitung wäre daher das, was am ehesten für mich in Frage käme – in meinem Fall also hauptsächlich die **Lübecker Nachrichten**. Facebook ist nicht mehr das Medium meiner Wahl, vor circa zwei Jahren habe ich mich dort abgemeldet. Denn wenn man seinen Account vernünftig betreiben will, kostet das sehr viel Zeit. Und nach den Erfahrungen einiger Fraktionskollegen mit Facebook habe ich es vorgezogen, das lieber zu lassen. Und meinen Account von Anderen betreiben zu lassen, das möchte ich nicht. Ich möchte selbst der Verantwortliche sein, um nicht jemandem die Schuld geben zu müssen, der etwas falsch dargestellt hat.“



## DIE SEITE FÜR DAS EHRENAMT



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

**Bürgerbeteiligung:** Bei Großprojekten wie der Fehmarnbelt-Querung oder dem A20-Ausbau sollen die Bürger künftig frühzeitig informiert und in die Planungen einbezogen werden. Der Landtag hat im Juli einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung verabschiedet. CDU, SPD, Grüne und SSW waren dafür. Die Behörden sind nunmehr verpflichtet, noch vor der Planfeststellung die Öffentlichkeit einzubeziehen. Im Zuge der Beratung im Innen- und Rechtsausschuss wurden einige Änderungen vorgenommen. So muss nunmehr eine Behörde die Beteiligten ausdrücklich darauf hinweisen, wenn sie auf die Erörterung eines Bauvorhabens verzichten will. Darüber hinaus sollen Landesbehörden, die Träger eines Bauvorhabens sind, die Bürger rechtzeitig in ihre Planungen einbinden. Einen solchen Erlass hatten SPD, Grüne, Piraten und SSW gefordert. (Drucksache 18/2582, /2989)

**Offenlegung von Managergehältern:** Bürger können sich künftig auf der Internetseite des Finanzministeriums über die Gehälter von Managern öffentlicher Unternehmen informieren. Mit großer Mehrheit verabschiedete der Landtag im Juni einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung. Nur die CDU lehnte das „Vergütungsoffenlegungsgesetz“ ab. Sie forderte, dass die Kommunen selbst entscheiden sollten, ob sie die Transparenzregeln übernehmen wollen.

Veröffentlicht werden nicht nur die Gehälter von Top-Bediensteten, sondern auch die Höhe von Abfindungen, Provisionen und Pensionsleistungen. Das gilt für Sparkassen und kommunale Anstalten sowie für alle Unternehmen, an denen das Land mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist. Allerdings greift das Gesetz nur bei Neueinstellungen. Manager, die bereits im Amt sind, müssen ihr Gehalt nicht veröffentlichen. Dies hatten die Piraten kritisiert. Vorstände und Aufsichtsräte der teilweise landeseigenen HSH Nordbank müssen ihre Grundgehälter und Boni

ebenfalls nicht offenlegen. Das bestätigte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) in der Juli-Sitzung.

(Drucksachen 18/2234, /3062, /3119, /3120, /3160neu)

**Kita-Datenbank:** Der Landtag hat grünes Licht für den Aufbau einer Kitaplatz-Datenbank gegeben. Damit könnte für die Eltern bereits ab dem Sommer kommenden Jahres die Suche nach einem Kita-Platz einfacher werden. Geplant ist ein Internetportal, das einen Überblick über möglichst alle Kitas im Land gibt. Erfasst werden sollen alle Kindergartenkinder unter anderem mit Geburtsdatum, Geschlecht und Betreuungsbedarf. So entsteht ein landesweiter Überblick über Gruppenstärke und Belegkapazitäten. Die Kreise und Gemeinden können die Daten nutzen, um bedarfsgerecht die Einrichtung von Kita-Plätzen zu planen. Das von der Landesregierung vorgelegte Gesetz wurde im Mai einstimmig verabschiedet.

(Drucksachen 18/2699, /2949)

**Versammlungsrecht:** Auf Demonstrationen und Zusammenkünften in Schleswig-Holstein greift seit Mai ein neues Versammlungsgesetz. Die Koalition hat einen über zwei Jahre alten Ursprungsentwurf der FDP abgeändert und nach eigener Einschätzung noch liberaler gemacht. So werden viele Vergehen, etwa Vermummung oder Sitzblockaden, künftig als Ordnungswidrigkeiten und nicht mehr als Straftat behandelt. Auch verdachtsunabhängige Polizeikontrollen im Vorfeld von Demonstrationen sollen entfallen. Personenkontrollen sind nur noch bei konkreten Hinweisen auf Waffen erlaubt, und ein Versammlungsverbot darf nur noch als „Ultima Ratio“ verhängt werden, wenn mögliche Gefahren durch Beschränkungen nicht beseitigt werden können.

Seitens der Opposition gab es breite Kritik. Die CDU sprach von einer „Einladung an Gewalttäter und Chaoten“, und die FDP plädierte für Vorkontrollen, um Randalierer

abzuschrecken. Die Piraten hingegen beklagten einen „Geist der Repression.“ So sei es falsch, dass die Polizei nun alle Demonstrationsteilnehmer per Hubschrauber, Mini-Drohne oder Kamerawagen überwachen kann. Seit der Föderalismusreform 2006 haben die Bundesländer die Möglichkeit, das Versammlungsrecht eigenständig zu regeln. Schleswig-Holstein ist das bislang fünfte Bundesland, das davon Gebrauch macht.

(Drucksachen 18/119, /2988, /3019)

**Brandschutz-Ehrenzeichen:** Um das Brandschutz-Ehrenzeichen in Silber verliehen zu bekommen, müssen ehrenamtliche Feuerwehrleute 25 Jahre aktiv sein. Bislang galt als Beginn der Anwartschaft der Eintritt in den Dienst der Freiwilligen Feuerwehr mit dem 18. Lebensjahr. Künftig wird auch die Ausbildung angerechnet – zum Vorteil für Jugendliche, die ab dem 16. Lebensjahr das Feuerwehrhandwerk lernen. Eine entsprechende Gesetzesänderung hat der Landtag im Mai einstimmig auf Betreiben der CDU vorgenommen. Die Union verspricht sich davon, die Attraktivität der Jugendabteilungen der Feuerwehren zu erhöhen. (Drucksachen 18/2581, /2990)

**Sportstätten:** Marode Sporthallen, abgewirtschaftete Freibäder, holprige Fußballplätze: Jede dritte der 3.500 Sportstätten in Schleswig-Holstein ist Regierungsangaben zufolge dringend sanierungsbedürftig. Vor diesem Hintergrund fordert die CDU die Landesregierung auf, das Thema im November auf die Tagesordnung der Sportministerkonferenz zu setzen und auf mehr Bundesmittel zu drängen. Der Antrag wird zunächst im Innen- und Rechtsausschuss beraten. Die Union verlangt außerdem, vier Millionen Euro für die Instandsetzung von Schwimmbädern, Turnhallen und Fußballplätzen in den Haushalten 2016 einzustellen. Im Haushalt für dieses Jahr hat die Koalition zwei Millionen für die Sanierung von Schwimmbädern zur Verfügung gestellt. (Drucksache 18/2848)

## PERSONALIEN



**Marit Hansen** (re.) hat Mitte Juli das Amt der Landesdatenschutzbeauftragten von **Thilo Weichert** (li.) übernommen. Sie erhielt in geheimer Wahl 49 von 68 abgegebenen Stimmen im Landtag. Es gab acht Enthaltungen und elf Nein-Stimmen. Die Diplom-Informatikerin war zuvor sieben Jahre lang stellvertretende Leiterin des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD). Nun ist sie Nachfolgerin ihres Ex-Chefs Weichert. Dessen von der Koalition angestrebte Wiederwahl war im vergangenen Jahr an einer fehlenden Stimme aus dem eigenen Lager gescheitert. Hansen war von SPD, Grünen, Piraten und SSW vorgeschlagen worden. Auch CDU und FDP unterstützten ihre Kandidatur. Ihre Amtszeit beträgt fünf Jahre.

**Wolfgang Kubicki**, FDP-Fraktionschef, bleibt stellvertretender Bundesvorsitzender seiner Partei. Auf einem Parteitag in Berlin Mitte Mai erhielt er rund 94 Prozent der Delegiertenstimmen.

**Serpil Midyatli**, SPD-Abgeordnete aus Gettorf, wurde Mitte Juni einstimmig zur dritten Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB) gewählt. Das gab der SHHB bekannt. Sie wolle insbesondere „das Thema Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger angehen“, erklärte die erste türkischstämmige Abgeordnete des Landtages. Auf der Mitgliederversammlung in Kaltenkirchen wurde der ehemalige CDU-Wirtschaftsminister **Jörn Biel** ebenfalls einstimmig in seinem Amt als SHHB-Präsident bestätigt.

## RUNDE GEBURTSTAGE

**Waldemar Dudda** aus Uetersen, von 1967 bis 1975 für die SPD im Landtag, hat am 28. Mai seinen **90. Geburtstag** gefeiert.

**Heinz Lund** aus Sereetz, von 1962 bis 1978 für die SPD im Landtag, hat am 31. Mai seinen **90. Geburtstag** gefeiert.

**Uwe Gunnesson** aus Flensburg, von 1976 bis 1992 für die SPD im Landtag, hat am 10. Mai seinen **80. Geburtstag** gefeiert.

**Anke Gravert** von der Insel Nordstrand, von 1983 bis 1992 für die CDU im Landtag, hat am 22. Mai ihren **80. Geburtstag** gefeiert.

**Manfred Ritzek** aus Norderstedt, von 2000 bis 2009 für die CDU im Landtag, hat am 20. April seinen **75. Geburtstag** gefeiert.

**Günter Fleskes** von der Insel Nordstrand, von 1988 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 5. April seinen **70. Geburtstag** gefeiert.

**Gisela Böhrk** aus Lübeck, von 1975 bis 2005 für die SPD im Landtag, Ministerin für Frauen und für Bildung zwischen 1988 und 1998, hat am 8. Juni ihren **70. Geburtstag** gefeiert.

**HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!**

## NACHRUFE

## Trauer um Peter Aniol, Marion Sellier und Roger Asmussen

Mit Schweigeminuten hat der Landtag der ehemaligen Abgeordneten Peter Aniol, Marion Sellier und Roger Asmussen gedacht.

Der CDU-Politiker Peter Aniol ist am 5. April im Alter von 77 Jahren verstorben. Der Oberstleutnant gehörte dem Landtag von 1979 bis 1992 an. Seinen Wahlkreis Südtondern konnte er drei Mal direkt gewinnen. Von 1984 bis zu seinem Ausscheiden 1992 war Aniol, der aus Pommern stammte und im nordfriesischen Leck heimisch wurde, Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses. 1989/90 wirkte er zudem als stellvertretender Vorsitzender des Sonderausschusses Verfassungs- und Parlamentsreform. „Peter Aniol war einer jener ‚Macher‘, die sich mit großem Pflichtbewusstsein und dem Mut, auch unbequeme Themen aufzugreifen, Respekt und Anerkennung erworben haben“, erinnerte Landtagspräsident Klaus Schlie an den Verstorbenen, der 1992 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet wurde.



Am 12. April ist die ehemalige SPD-Abgeordnete Marion Sellier nach langer Krankheit im Alter von 57 Jahren verstorben. Die gelernte Erzieherin und Heilpädagogin aus Viöl (Nordfriesland) gehörte dem Parlament von 2009 bis 2012 an. Sellier arbeitete als Praxismanagerin und war jahrelang in der nordfriesischen Kommunalpolitik aktiv. Ihren Angehörigen übermittelte der Landtagspräsident die Anteilnahme des Landtages.

Am 7. Juni ist der CDU-Politiker Roger Asmussen im Alter von 78 Jahren verstorben. Asmussen gehörte dem Landtag von 1971 bis 1988 an. Von 1983 bis 1988 war er Finanzminister und ab 1987 auch Wirtschaftsminister. Nach der Abwahl der CDU-Regierung im Mai 1988 arbeitete der in Bremerhaven Geborene wieder als Geschäftsführer des Unternehmensverbands Westküste in Heide. 1978 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.



Auch nach seiner aktiven Zeit in Landtag und Kabinett hielt Asmussen, der den Wahlkreis Dithmarschen-Süd vertrat, engen Kontakt nach Kiel. Privat engagiert für den Eulenschutz, wurde der studierte Volkswirt 2005 zum Naturschutzbeauftragten der schwarz-roten Landesregierung ernannt. Er trat aber ein halbes Jahr später aus Protest gegen deren Naturschutzpolitik wieder zurück. Landtagspräsident Schlie erinnerte an Asmussen als einen geradlinigen und verlässlichen Politiker, „der gerade in schwierigen Zeiten vermittelnd und doch standfest in seinen politischen Überzeugungen“ aufgetreten sei.



## Ostsee-Unis

### sollen enger zusammenrücken

Die Hochschulen entlang der südlichen Ostsee sollen besser als bisher zusammenarbeiten. Das ist eine Kernforderung des Parlamentsforums Südliche Ostsee, das Ende April in Hamburg zusammenkam.

Rund 70 Delegierte aus Russland, Polen, Schweden und Deutschland trafen sich im Rathaus der Hansestadt. In ihrer Schlussresolution fordern sie mehr Partnerschaften zwischen den Unis. Der Studentenaustausch soll stärker gefördert werden, und die Unis sollen Studienleistungen, die an anderen Hochschulen erreicht wurden, wechselseitig anerkennen. Bestimmte Studiengänge stehen besonders im Fokus. So soll sich der Ostseeraum zu einer weltweit führenden Modellregion im Bereich der Biomolekül- und Materialforschung entwickeln. Außerdem soll der Erfahrungsaustausch beim Kampf gegen multiresistente Keime in Krankenhäusern intensiviert werden.

Mitglieder im Parlamentsforum Südliche Ostsee sind die Landesparlamente Mecklenburg-Vorpommerns, Hamburgs und Schleswig-Holsteins, die polnischen Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie der Oblast der russischen Exklave Kaliningrad. Assoziierter Partner ist der Regionalrat der südschwedischen Region Schonen. Sie kommen seit 2004 einmal im Jahr zusammen. Das nächste Forum im nächsten Jahr wird der Schleswig-Holsteinische Landtag ausrichten.

## Sozialpolitiker besuchen Lettland



Das Sozialsystem und die Gesundheitsfürsorge des Ostseeanrainers Lettland standen im Mittelpunkt einer Reise des Sozialausschusses Anfang Mai. Der Vorsitzende Peter Eichstädt (2. li.) und die Fachpolitiker aus allen Fraktionen besuchten die Hauptstadt Riga sowie das westlettische Kuldīga, die Partnerstadt von Geesthacht. Gesprächspartner waren Vertreter des lettischen Parlaments, der Saeima, des Gesundheitsministeriums wie auch der deutschen Botschaft. Zudem besuchten die Landtagsabgeordneten ein Frauenhaus, ein Krankenhaus und ein SOS-Kinderdorf.



Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat von der Hamburger Bürgerschaft den Vorsitz beim Parlamentsforum Südliche Ostsee übernommen – symbolisiert durch das Modell einer Hansekogge, das nun ein Jahr lang im Landeshaus steht. Der CDU-Abgeordnete Volker Dornquast nahm das Modell von Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit in Empfang.

## Wirtschaftsausschuss in Kopenhagen:

### Dauerbrenner Belttunnel

Ende April hat das dänische Parlament grünes Licht für den Bau des Fehmarnbelttunnels gegeben. Gleichzeitig legte Bundeskanzlerin Angela Merkel in Kopenhagen ein klares Bekenntnis zu dem Großprojekt ab. Kurz vorher war der Wirtschaftsausschuss des Landtages für vier Tage nach Dänemark gereist, um sich über den Stand der Planungen zu informieren und mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft über Chancen und Risiken zu diskutieren.

Die Abgeordneten besuchten den voraussichtlichen Startpunkt des Tunnels auf der Insel Lolland und die Öresund-Brücke bei Kopenhagen, die von einer ähnlichen Betreibergesellschaft unterhalten wird wie der Fehmarn-Tunnel. Auch mit Vertretern der Reederei Scandlines, deren Fährverbindung von Puttgarden nach Rödby wegen des Tunnels auf der Kippe steht, trafen die Abgeordneten zusammen.

Der damalige dänische Verkehrsminister Magnus Heunicke

wie auch Verkehrspolitiker aus dem Folketing stellten klar, dass die Unterstützung für das Projekt beim nördlichen Nachbarn groß ist. Für Schleswig-Holstein müsse es darum gehen, „möglichst umfangreich davon zu profitieren“, unterstrich der Ausschussvorsitzende, der FDP-Abgeordnete Christopher Vogt. Olaf Schulze (SPD) betonte ebenfalls, Schleswig-Holstein könne von der Beltquerung profitieren. Und Johannes Callsen (CDU) sieht „enorme Wachstumspotentiale“. Deutliche Kritik an dem Milliardenprojekt kam von Patrick Breyer (Piraten): Es drohe „ein Desaster für die Region, die Umwelt und die Steuerzahler“.

Der 18 Kilometer lange Tunnel könnte 2021 fertig sein. Dänemark will hierfür 7,4 Milliarden Euro ausgeben. Deutschland ist für die Hinterlandanbindung im Osten Schleswig-Holsteins zuständig. Der Bund geht von 2,2 Milliarden Euro Kosten aus. Gegen die Pläne liegen rund 3.000 Einwände vor.



## Dänen zahlen bald Dosenpfand –

### Opposition schäumt

**Dänische Kunden müssen im Grenzgebiet wohl ab 2018 Getränkepfand berappen. Ein entsprechendes deutsch-dänisches Abkommen wurde Anfang Juni unterzeichnet. Umweltminister Robert Habeck (Grüne) stellte sich im Wirtschaftsausschuss der Kritik aus den Reihen der Opposition, die um die Arbeitsplätze im Grenzhandel fürchtet.**

Spätestens in drei Jahren, wenn das dänische Rückhol-system bereit steht, sollen die Kunden aus dem Norden auch in deutschen Supermärkten das dänische Pfand entrichten – ein bis drei dänische Kronen (etwa 13 bis 39 Cent) pro Getränk. Das Geld überweisen die deutschen Händler dann nach Dänemark. Dort können sich die Kunden das Pfand zurückholen.

Bislang sind Dänen in Grenzorten wie Harssee und Süderlügum oder auf Fehmarn vom Pfand befreit. Die Folge: Dänen exportieren laut einer Kopenhagener Statistik jedes Jahr mehr als 500 Millionen Flaschen und Dosen ins Königreich. Hunderttausende Behälter werden nicht recycelt, sondern landen in der freien Natur. Die dänische Regierung hat deswegen schon seit Jahren Druck auf die Bundesrepublik ausgeübt und eine schärfere Pfandregel für den Grenzhandel gefordert. Nun melden Kopenhagen, Berlin und Kiel Vollzug.

Die Opposition im Landtag warnt allerdings: „Die Arbeitnehmer im Grenzhandel müssen jetzt Angst um ihre Jobs haben“, so der CDU-Abgeordnete Johannes Callsen. Denn die Pfandpflicht werde einen Teil der Kunden abschrecken. Der Umsatz der Grenzändler beläuft sich zurzeit auf 1,2 Milliarden Euro jährlich. Insgesamt gibt es in diesem Bereich rund 4.000 Arbeitsplätze im Land. Christopher Vogt (FDP), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, warf dem Minister außerdem vor, den Landtag in dieser Frage zu ignorieren. Habeck habe das Abkommen unterzeichnet, obwohl

im Parlament noch eine Anhörung lief.

Habeck hielt dem entgegen, dass nun endlich ein „systemwidriger ökologischer Frevel“ beendet werde. Er gestand ein, dass ein deutsches Dosenbier für die Dänen um zwei bis drei Cent teurer werden könnte. Denn: Nach deutschem Steuerrecht wird aufs Pfand Mehrwertsteuer aufgeschlagen – für die es in Dänemark allerdings keine Rückerstattung gibt. Trotz der Zusatzbelastung werde der Grenzhandel aber attraktiv bleiben, sagte Habeck.

**Aktuell:** Medienberichten zufolge will die neue dänische Mitte-Rechts-Regierung das Pfand-Abkommen wieder auf den Prüfstand stellen. Es sei „unhaltbar“, dass das Pfand nur in Schleswig-Holstein, nicht aber in Mecklenburg-Vorpommern gelten soll, wird Umweltministerin Eva Kjer Hansen Anfang Juli zitiert. Sie befürchte Schlupflöcher für Pfand-Vermeider.

## Olympia 2024:

### „Ein Impuls für den ganzen Norden“

**Wenn Hamburg den Zuschlag für die olympischen und paralympischen Sommerspiele 2024 bekommen sollte, sei das eine „unglaubliche Gelegenheit für den deutschen Norden, um Dinge voranzubringen, die wir schon lange planen“. Diese Perspektive entwarf Hamburgs Innensenator Michael Neumann (SPD) bei einer gemeinsamen Sitzung des Innen- und des Wirtschaftsausschusses Mitte Juni.**

Es biete sich die Chance, „die Sportinfrastruktur auf Vordermann zu bringen“, sagte Neumann – etwa alle Sportstätten in der Region barrierefrei zu gestalten. Und auch für derzeit auf Eis liegende Autobahn-Pläne gelte dann: „Wir müssen bis 2024 fertig sein.“ Der geplante Olympia-Park am Hamburger Hafen werde nachhaltig gebaut, betonte der Senator: „Es wird keine weißen Elefanten geben“. So soll die Olympiahalle vor und nach den Spielen als Kreuzfahrtterminal genutzt werden. Aus dem olympischen Dorf sollen 6.000 Wohnungen entstehen. Und das Olympiastadion könne nach den Spielen auf 20.000 Plätze zurückgebaut oder komplett in Wohnraum umgewandelt werden.

Für die Pläne gab es breiten Zuspruch im Landtag. Die Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses, die CDU-Abgeordnete Barbara Ostmeier, lobte das „sehr überzeugende“ Konzept.

Mit Blick auf das Umland sprach Neumann von einem „Dilemma“. Einerseits solle der ganze Norden hinter der Bewerbung stehen, andererseits strebe die Hansestadt „kompakte Spiele“ mit kurzen Wegen an. Schleswig-Holstein könne sich aber, falls Hamburg 2017 beim IOC-Kongress in Lima den Zuschlag bekommt, auf Handball in Kiel und Flensburg, Fußball in Kiel und Lübeck oder auf Golf auf Gut Kaden bei Alveslohe freuen. Fest steht bereits, dass Kiel als Segelstandort ins Rennen geht. Das Land Schleswig-Holstein und die Landeshauptstadt sind unterdessen mit jeweils zwei Prozent Anteilen in die Hamburger Bewerbungsgesellschaft eingestiegen. Senator Neumann betonte, Hamburg werde „auf Augenhöhe“ mit den Partnern umgehen: „Es wird kein Reinregieren geben.“

Am 29. November sollen dann die Kieler und die Hamburger gleichzeitig darüber abstimmen, ob sie Olympia wollen.



**Pro Olympia: die Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses, Barbara Ostmeier, und der Hamburger Innensenator Michael Neumann**

Was kann der Landtag tun, um die sinkende Wahlbeteiligung wieder nach oben zu treiben? Kann er überhaupt etwas tun, um mehr Bürger an die Wahlurne zu locken? Anfang Juli kamen rund 20 Experten ins Landeshaus und diskutierten diese Fragen mit dem Innen- und Rechtsausschuss. Grundlage waren zwei Vorschlagspapiere aus dem Parlament. Fazit von fünf Stunden Debatte: Es gibt viele Ideen, aber kein Patentrezept.

## Sieben Gedanken zur Wahlbeteiligung

### 1 Hingehen, um Nein zu sagen?

Eine „Proteststimme“ will Claudine Nierth vom Verein „Mehr Demokratie“ einführen. Wer mit dem Angebot der Parteien unzufrieden ist, gibt einen leeren Zettel ab oder kreuzt die „NOTA-Option“ an („none of the above“ – „keine der oben Aufgeführten“). Diese Nicht-Stimmen würden im Wahlergebnis gesondert ausgewiesen. Dann „würde sichtbar werden, wer wirklich unzufrieden mit dem Angebot auf dem Stimmzettel ist“. Die „unstatthafte Interpretation, dass alle Nichtwähler unzufrieden sind“, würde geradegerückt.

### 2 Mehr Kreuzchen = mehr Wähler?

Mehr Politik-Interesse dank eines neuen Wahlrechts? Hier ist Heiko Vosgerau, amtierender Landesbeauftragter für politische Bildung, skeptisch. Er blickte nach Hamburg, wo die Wähler insgesamt zehn Stimmen haben. Die können sie zwischen verschiedenen Parteien oder Kandidaten aufteilen (panaschieren) oder bei einer Partei oder einem Kandidaten anhäufen (kumulieren). Vosgerau beklagte ein „massives Ansteigen ungültiger Stimmen“ bei der letzten Bürgerschaftswahl. In der Hansestadt waren drei Prozent der Wahlzettel ungültig – vier Mal so viele wie bei einer Bundestagswahl mit der klassischen Erst- und Zweitstimme. Das komplizierte Hamburger System „erhöht offensichtlich die Barrieren für die Wahlbeteiligung politikfernerer Gruppen“.

### 3 Das Arm-Reich-Gefälle

Landeswahlleiterin Manuela Söller-Winkler machte einen engen Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Arbeitslosenquote aus. Das zeige sich beim Blick auf die Wahlbeteiligung in unterschiedlichen Regionen oder auch in verschiedenen Vierteln einer Stadt. Auf dem Land und in reicheren Stadtteilen gehen immer noch stabil über 80 Prozent der Bürger ins Wahllokal. In Gegenden ohne Jobs und Perspektive hingegen „glauben die Menschen nicht, durch eine Wahlbeteiligung etwas ändern zu können“.

### 4 Der ökonomische Mensch

Gebhard Dawin, Rechtsdezernent der evangelischen Nordkirche, beobachtete ein wachsendes „ökonomisches Denken“ bei den Menschen: „Bei Dingen, die früher selbstverständlich waren, wird heute gefragt: Was bringt mir das?“ Entsprechend falle der Gang zur Wahl inzwischen oft aus.

### 5 Wahl nicht wie „sauer Bier“ anpreisen

Björn Benken von der „Aktion Wahlreform“ warnt davor, eine sinkende Wahlbeteiligung „voreilig zum Gradmesser für die Gesundheit des demokratischen Systems hochzustilisieren“. Entsprechend sieht Benken die Bemühungen der Politik um mehr Wähler skeptisch. Das Wahlrecht als „vornehmstes Recht jedes Staatsbürgers“ dürfe nicht „überall wie sauer Bier angepriesen“ werden. Nicht die Politik, sondern allein der Bürger sei dafür verantwortlich, ob er seine Stimme abgibt oder nicht.

### 6 An der Schule mehr Demokratie wagen!

„In der Schule darf Demokratie nicht nur gelernt, sondern muss auch gelebt werden“, mahnten Christopher Suhr und Lennart Falle von der Landesschülervertretung der Gemeinschaftsschulen.

Hierzu gehöre eine „wöchentlich verankerte Klassenratsstunde, die der demokratischen Regelung von Klassenangelegenheiten dient“. In den regelmäßigen Klassenkonferenzen, in denen es auch um Leistung oder Betragen der Jugendlichen geht, sollen Schüler und Eltern mit der gleichen Stimmzahl vertreten sein wie die Lehrer. Derzeit sind nur jeweils ein Schüler und ein Elternteil vorgesehen.

### 7 Internet ist kein Allheilmittel

Dr. Wilhelm Knelangen, Politikwissenschaftler von der Kieler Uni, hat mit 20 seiner Studenten die Landtagsvorschläge unter die Lupe genommen. Das Ergebnis ihrer Untersuchung: Viele Ideen wie Wahlunterlagen in Leichter Sprache oder mehr Aktivität in sozialen Medien sind gut – nur erhöhen sie wahrscheinlich nicht die Wahlbeteiligung. Das gelte auch für das sogenannte E-Voting, die Wahl per Internet. In Estland wählt zwar inzwischen ein Drittel der Bürger per Mausclick. Aber die Beteiligung hat sich kaum verändert. Hinzu kommt: In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht der Online-Wahl enge Grenzen gesetzt.



Stellten ihre Studie im Landeshaus vor:  
Dr. Wilhelm Knelangen (re.) und seine Politik-Studenten Julia Rojahn, Josefine Gottschalk und Matthias Kissing (v. li.)



# Tag der offenen Tür 2015:

## Großes Bürgerfest im Landeshaus

So voll war das Haus an der Förde wohl noch nie: Rund 15.000 Gäste strömten am Sonntag, den 12. Juli, zum Tag der offenen Tür ins Landeshaus. Die Besucher diskutierten mit Abgeordneten und Mitarbeitern, verfolgten die Talkrunden im Plenarsaal oder gingen auf Entdecker-Tour durch das historische Gebäude. Aktionen im Außenbereich und ein buntes Kinderprogramm rundeten das Angebot ab. „Es war ein wunderbares Fest“, resümierte Landtagspräsident Klaus Schlie. Der Landtag richtet den Tag der offenen Tür in der Regel einmal in jeder Wahlperiode aus.



Mit Flaggen und Trompeten:  
Die Show-Brassband Heikendorf  
spielt auf.



Papp-Präsidenten: Die lebensgroßen Kopien von Landtagspräsident Klaus Schlie und Ministerpräsident Torsten Albig nahmen die Gäste in Empfang.



Viel Theater trotz Stillstand: Der Paternoster des Landeshauses war am Tag der offenen Tür außer Betrieb. Vor dem Aufzug wirbelten Andreas Schauer vom Kieler „ludemann-theater“ sowie die Jugendgruppe „Schnitzel-Förster“.



Einen Matrosen  
haut nichts um:  
Stelzenläufer  
Harald Roos grüßt  
aus lichter Höhe.

### Gäste wählten das Titelbild

Die Besucher des Tags der offenen Tür haben die Titelseite dieser Ausgabe bestimmt. Sie hatten die Auswahl zwischen drei Motiven. Ergebnis: Die Variante „Zeitungsstapel“ setzte sich mit 53 Prozent Zustimmung deutlich durch.



Modell „Kreis“:  
Platz 2 mit 33 Prozent



Modell „Rechtecke“:  
Platz 3 mit 14 Prozent



„Endlich den Bundesverkehrsminister dazu verpflichten, Schleswig-Holstein bezüglich der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zu unterstützen. Gerne Schulfrieden und die Wiedereinführung von G9.“

(Ramona M.)



Die achtjährige **Jule** aus Boostedt sorgt sich um das Wohl der Tiere. Sie wünscht, „dass jeder ein Pferd hat, und dass Pferde nicht geschlachtet werden.“



**Marika Kroll** aus Kiel sorgt sich um das Gesundheitswesen: Hebammen müssten grundsätzlich fest angestellt werden, damit sie von ihren hohen Versicherungsbeiträgen befreit werden. Und die Arbeit der Pflegedienste müsse besser bezahlt werden.



**Leonie Trautmann** aus Kiel, die mit ihren Eltern in den Landtag kam, fühlt sich schon wie eine Prinzessin – und sie möchte einmal eine richtige Königin werden, „wie Queen Elizabeth“.

„Wir würden dafür sorgen, dass Kita, Schule und Uni kostenlos sind, damit alle Kinder von Anfang an gleiche Bildungschancen haben.“

(Nadja und Pinar aus Neumünster)



**Kerstin und Steffen Walther** kommen aus Dessau in Sachsen-Anhalt, und sie haben auf ihrer Reise in den Norden Bekanntschaft mit der schleswig-holsteinischen Infrastruktur gemacht. Deswegen fordern sie: „Als allererstes die Straßen instand setzen, damit das Geschirr im Wohnmobil nicht so klappert“.

„Alles muss tendenziell besser werden.“  
(Ulrich Tinschmann aus Kronshagen)



Sie möchte „versuchen, dass die ganze Welt friedlich miteinander umgeht“, sagt die zehnjährige **Klara** aus Kiel. Und sie will Spenden sammeln „für Kinder-Aktionen“.

„Das Verbot von Paternostern aufheben. Armen Ländern Spenden überbringen. Mehr Naturschutzgebiete einführen.“  
(Anita, zehn Jahre, aus Dänischenhagen)

**Margot Hanning** aus Bad Bramstedt ist zwar „sehr gerne seit 34 Jahren Lehrerin“, sie wünscht sich aber mehr Anerkennung für die Lehrkräfte an Grundschulen: „Wir legen die Grundlagen für alles Weitere, und wir fordern Anerkennung“ – zum Beispiel A 13 als Einstiegsgehalt.



„Den Nahverkehr deutlich ausbauen“ würde **Familie Waletta** aus Kiel. Mutter Silke-Katrin, Vater Markus und die kleine Viktoria wünschen sich vor allem, dass die in der Landeshauptstadt gerade auf Eis gelegte Stadtrahnenbahn doch gebaut wird.





# Das alles, und noch viel mehr...

...würd' ich machen, wenn ich König oder Königin von Schleswig-Holstein wär'.

Unter diesem Motto hat die Landtagszeitschrift den Gästen beim Tag der offenen Tür die Krone aufgesetzt und sie gebeten, ihre Wünsche für das nördlichste Bundesland aufzuschreiben. Die royalen Pläne reichen von „Eis für alle“ bis zum Weltfrieden.



„Mehr Lehrer“, lautet die Forderung des elfjährigen **Maximilian** aus Timmenborfer Strand. Außerdem sollen die Noten an den Schulen erhalten bleiben, und die Kinder sollen möglichst „mehr Sprachen lernen“.



Einfach einen schönen Tag im Landeshaus wünschte sich **Familie Salas-Gonzalez**. Mutter Andrea stammt aus Chile, Vater Eduardo aus Kolumbien. Die beiden leben mit ihren Söhnen Alejandro, Eduardo und Gabriel in Kiel.

„Die Züge sollen pünktlich fahren.“  
(Christian Lipovsik aus Wulfsmoor bei Wrist)

„Ich würde wieder G9 einführen und nur Lehrer einstellen, die Spaß an ihrem Job haben“, sagt die zwölfjährige **Keana** aus Laboe. Die Lehrer sollen „Projekte machen, von denen man mehr lernt“. In Mathe wünscht sie sich zum Beispiel, Mini-Heißluftballons steigen zu lassen, und dann deren Höhe, Kurs und Geschwindigkeit zu berechnen.



„Ein Jahr freier Eintritt im Hansapark.“  
(Felix, acht Jahre)

„Ich würde Griechenland unterstützen, zu Besuch in den Landtag kommen, Autogramme geben und immer Paternoster fahren.“

(Pauline, neun Jahre, aus Stoh)



**Silke Hose-Füllgraf** arbeitet in der Altenpflege und wünscht sich mehr Betreuungskräfte. Sie sollten auf die Bedürfnisse der älteren Menschen eingehen und von der Pflegekasse bezahlt werden. Außerdem fordert die Dänischenhagerinerin: „Lecker Eis für alle!“



**Außer Konkurrenz:**

Wir wollen nicht König werden, wir sind es schon! Das sagen **Günther König** aus Kiel-Holtenua (links, mit seiner Begleiterin **Birgit Adomeit**) und der Piraten-Abgeordnete **Uli König**.





## Von Hunden und Menschen: Landtag streicht Rasseliste

In Schleswig-Holstein wird die umstrittene Rasseliste für Hunde zum Jahresende abgeschafft. Stattdessen müssen die Besitzer von Vierbeinern künftig einen Hundeführerschein machen, wenn ihr Tier einen Menschen bedroht oder beißt. Das sieht das neue Hundegesetz vor, das SPD, Grüne und SSW gemeinsam mit der FDP beschlossen haben. Die Liberalen hatten die Initiative 2013 auf den Weg gebracht.



Oliver Kumbartzky (FDP) sprach von einem „modernen, schlanken Gesetz“, das „die Belange des Tierschutzes, der Hundehalter und der Nicht-Hundehalter“ gleichermaßen berücksichtigt.

CDU und Piraten stimmten dagegen. „Der Schutz des Menschen und nicht der Schutz der Tiere muss an erster Stelle stehen“, mahnte der Unionsabgeordnete Heiner Rickers. Er wies darauf hin, dass das neue Landesgesetz im Widerspruch zu Bundesregeln zur Einfuhr von Tieren stehe: „Sie dürfen keinen Kampfhund aus Polen mehr importieren, aber in Schleswig-Holstein züchten. Das kann so nicht sein.“

Angelika Beer (Piraten) befürchtete, dass Menschen mit geringem Einkommen wie Studenten, Rentner oder Arbeitslose sich künftig keinen Hund mehr leisten könnten. Denn auch sie müssten den Hundeführerschein bezahlen oder aber eine höhere Hundesteuer entrichten: „Für manchen in dieser Gesellschaft ist der Hund so etwas wie der letzte Luxus.“

Das derzeit noch gültige Gefahrhundegesetz geht zurück auf das Jahr 2000. Vor 15 Jahren wurde der achtjährige Vulkan in Hamburg von zwei Kampfhunden totgebissen. Daraufhin erließen die meisten Bundesländer gesetzliche Regeln für Kampfhunde. Das schleswig-holsteinische Gesetz

nennt vier Rassen: American Staffordshire-Terrier, Staffordshire-Bullterrier, Bullterrier und Pitbull-Terrier sowie deren Kreuzungen. Sie müssen an einer maximal zwei Meter langen Leine geführt werden, einen Maulkorb tragen und mit einem hellblauen Halsband gekennzeichnet werden. Die FDP, die von Anfang an gegen die Rasseliste war, hatte 2013 erneut den Versuch gestartet, die Liste zu streichen. Die Koalitionsfraktionen schlossen sich während der Ausschussberatungen an.

### Bissige Schäferhunde

„Hunde allein aufgrund ihrer Rasse eine Gefährlichkeit zu unterstellen, ist fachlich nicht begründbar“, merkte Sandra Redmann (SPD) an. Detlef Matthiessen (Grüne) erinnerte an die Anhörung im Umwelt- und Agrarausschuss: „Alle Experten haben auf mehrfaches Nachfragen den Zusammenhang zwischen Rasse

und Gefährlichkeit nicht bestätigt, sondern verneint.“ Auch Flemming Meyer (SSW) sprach von einer „Vorabverurteilung“ aufgrund der Rasseliste. Und Innenminister Stefan Studt (SPD) lobte die „gelungene Balance zwischen Gefahrenabwehr und Tierschutz“. Aktuelle Zahlen des Innenministeriums besagen, dass die meisten Hundebisse an Menschen nicht auf das Konto von sogenannten Kampfhunden gehen, sondern von Schäferhunden. Mit 20 Fällen standen der Schäferhund und seine Mischlinge zwischen dem 1. Mai 2013 und dem 30. April 2014 auf Platz 1, gefolgt von Bordercollies und Labradoren sowie deren Mischlingen mit zwölf Vorkommnissen. Danach rangierten Jack Russel-Terrier und Rottweiler mit je acht Fällen. Von insgesamt 140 Beißattacken auf Menschen entfiel nur eine auf ein Tier von der Liste der sogenannten Gefahrhunde.

(Drucksachen 18/925, /3057)



Oliver Kumbartzky (FDP) plädierte für den Tierschutz, Heiner Rickers (CDU) mahnte „Menschenschutz“ an.



### Das ist neu:

- Als gefährlich gelten Hunde künftig nicht mehr aufgrund ihrer Rasse, sondern ausschließlich aufgrund ihres Verhaltens.
- Wird Hasso zum Beißer, wird die Behörde aktiv. Herrchen muss zur theoretischen und praktischen Prüfung. Wer den Hundeführerschein nicht besteht, muss sein Tier abgeben.
- Gefährliche Hunde müssen an der Leine gehen und einen Maulkorb tragen. Sie können aber nach zwei Jahren von den Auflagen befreit werden, wenn sie einen Wesenstest bestehen.
- Die Kommunen sollen in ihren Hundesteuersatzungen Anreize für Hundehalter schaffen, einen Sachkundennachweis abzulegen. Motto: Wer sich fortbildet, muss weniger zahlen.
- Das Regelwerk tritt erst zum 1. Januar 2016 in Kraft, damit die Kommunen Zeit haben, ihre Satzungen zu ändern.
- Hundehalter „sollen“ eine Haftpflichtversicherung abschließen. Gefährliche Hunde müssen versichert werden.
- Hunde müssen mit einem Daten-Chip gekennzeichnet werden.
- Bußgelder drohen für Halter, die Kampfhunde züchten, den Leinenzwang an belebten Orten ignorieren oder den Hundekot nicht entsorgen.



## Im Westen was Neues

# Nach dem Ja der Iren stimmt auch der Landtag für die Homo-Ehe

**Ende Mai überraschten die traditionell katholisch-konservativen Iren mit einem Referendum, in dem sich 62 Prozent der Bürger für die sogenannte Homo-Ehe aussprachen. Seitdem diskutieren auch in Deutschland Politik und Gesellschaft über die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben. Der Landtag setzte in seiner Juni-Sitzung ein klares Signal.**

Geschlossen stimmten die Abgeordneten dafür, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften rechtlich mit der Ehe gleichzustellen. Das schließt auch das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare ein. Die CDU enthielt sich beim Antrag der anderen Fraktionen – sie will weiter von Lebenspartnerschaften und nicht von Ehe sprechen.

Dennoch schlugen der Union Respekt und Anerkennung von den anderen Fraktionen entgegen. Denn ihr Fraktionsvorsitzender Daniel Günther hatte als einer der bundesweit Ersten aus dem christdemokratischen Lager gefordert, nach dem irischen Votum nun auch in Deutschland den gleichgeschlechtlichen Lebensbund rechtlich aufzuwerten.

Es entspreche dem christlichen Leitbild seiner Fraktion, dass zwei Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. „Wer, wenn nicht die CDU als größte Volkspartei, sollte sie darin vollständig unterstützen“, sagte Günther in der Landtagsdebatte. Gleichzeitig machte er deutlich, dass seine Partei einen „langen und intensiven Prozess“ durchlaufe, der auf Bundesebene noch nicht abgeschlossen sei. Kritiker einer vollständigen Gleichstellung merken an, dass Ehe und Familie unter besonderem staatlichen Schutz stehen.

Es gebe keinerlei Legitimation, gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe zu verbieten, erklärte Sozialministerin Kristin Alheit (SPD). Sie forderte Bundesregierung und Bundestag auf, die Diskriminierung eingetragener Lebenspartnerschaften zu beenden. Einen Appell nach Berlin richtete auch der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Heiner Garg: „Wir wollen gesellschaftliche Normalität. Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, ich denke, die Zeit ist reif.“

Für die Grünen bewegt sich etwas in der Debatte über die Gleichstellung. „Entscheidend ist, dass Sie es wirklich ernst meinen

mit der Gerechtigkeit“, sagte Fraktionschefin Eka von Kalben mit Blick auf die CDU: „Familie ist für uns da, wo Kinder sind.“ Auch die Piraten und der SSW sprachen sich dafür aus, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen. „Eigentlich sollte das inzwischen das Normalste der Welt sein“, sagte Lars Harm (SSW). Und Piraten-Fraktionschef Torge Schmidt ergänzte: „Es kann doch nicht sein, dass Menschen dafür kämpfen müssen, dass sie dieselben Rechte haben wie jeder andere Mensch.“

### Ein weltweiter Wandel

Die Entscheidung der Iren zeigt, wie sehr die gesellschaftliche Debatte in Bewegung ist. Bis 1993

hatte in dem Land Homosexualität noch unter Strafe gestanden. Inzwischen erlauben 20 Länder weltweit die gleichgeschlechtliche Ehe. Darunter sind die skandinavischen Staaten, Großbritannien, Benelux und Frankreich. Außerhalb Europas zählen Kanada, Mexiko, Brasilien und Südafrika dazu. Ende Juni hatte zudem der Oberste Gerichtshof der USA entschieden, dass ein Verbot der „Homo-Ehe“ gegen die Verfassung verstoße.

Auch in Deutschland wurden die Rechte von gleichgeschlechtlichen Paaren in den vergangenen Jahren mehrfach gestärkt. So entschied der Bundesgerichtshof 2013, dass Homosexuelle ein von ihrem Partner zuvor angenommenes Kind adoptieren dürfen. Dennoch können Lesben und Schwule hierzulande bisher nur eine sogenannte eingetragene Lebenspartnerschaft schließen, die im Vergleich zur klassischen Ehe mit den gleichen Pflichten, aber weniger Rechten ausgestattet ist. Eine Adoption von fremden Kindern ist nach wie vor nicht möglich. Die Forderung nach einem Adoptionsrecht für Schwule und Lesben ist auch in der Resolution enthalten, die zuletzt vom Bundesrat verabschiedet worden war. Mehrere Gesetzentwürfe zur völligen Gleichstellung der Homo-Ehe waren in den vergangenen Jahren gescheitert.

(Drucksachen 18/3076, /3078, /3113)



Daniel Günther (CDU) und Eka von Kalben (Grüne) waren sich grundsätzlich einig beim Thema gleichgeschlechtlichen Partnerschaft.



# Wahlkreise für die Landtagswahl

## neu zugeschnitten

**Der Wahlkreisausschuss hat Ende April die Wahlkreiseinteilung für die Landtagswahl 2017 beschlossen. Die Neuabgrenzung wurde erforderlich, weil die 35 Wahlkreise teilweise zu große Unterschiede in ihrer Bevölkerungszahl aufwiesen.**

**E**in Wahlkreis soll im Schnitt etwa 80.000 Einwohner haben, zulässig sind Abweichungen nach oben und nach unten von 20 Prozent (rund 16.000 Einwohner). Zuvor lagen einige Gebiete haarscharf an dieser Grenze. Nun gibt es maximal 16 Prozent Abweichung. Größter Wahlkreis ist jetzt Eckernförde mit 89.800 Einwohnern. Lübeck-Süd mit 67.800 ist der kleinste.

Änderungen wurden im Wesentlichen in den Regionen Steinburg, Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg sowie in Plön, Ostholstein und Lübeck vorgenommen. Die Wahlkreise in den Bereichen Herzogtum Lauenburg, Segeberg, Stormarn sowie in Kiel, Flensburg und Neumünster blieben unverändert.

Neu ist:

- Die Teilung des Amtes Mittleres Nordfriesland wurde aufgehoben, das Amt sowie die Gemeinde Reußenköge gehören nunmehr zum Wahlkreis Nordfriesland-Nord.
- Die Abgrenzung der Wahlkreise in den Bereichen Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde wurde überarbeitet, um die Bevölkerungszahlen an den Durchschnitt anzupassen.

- Dem nördlichen Wahlkreis in Dithmarschen wurden die Ämter Arensharde und Kropp-Stapelholm (beide Kreis Schleswig-Flensburg) zugeordnet.
- Der Wahlkreis Steinburg-West wurde um einen Teil des Amtes Mittelholstein (Gemeinden Hanerau-Hademarschen und Hohenwestedt sowie Gemeinden des ehemaligen Amtes Hohenwestedt-Land, alle Kreis Rendsburg-Eckernförde) ergänzt.
- Die südlichen Gemeinden und Ämter des Kreises Plön bilden mit der Stadt Eutin sowie den Gemeinden Malente und Bosau (alle Ostholstein) einen kreisübergreifenden Wahlkreis.
- Die Teilung der Stadt Schwentental wurde durch Zuordnung des gesamten Stadtgebietes zum Wahlkreis Plön-Nord aufgehoben.
- Die Gemeinde Appen (Amt Moorrege) wurde dem Wahlkreis Pinneberg-Elbmarschen zugeordnet.
- Die Hansestadt Lübeck wurde in drei Wahlkreise eingeteilt, die ausschließlich das Stadtgebiet umfassen.

Der Wahlkreisausschuss tagte unter Vorsitz des stellvertretenden Landeswahlleiters Maik Petersen. Dem Gremium gehören die Abgeordneten Axel Bernstein, Johannes Callsen, Peter Lehnert (alle CDU), Kai Dolgner, Birgit Herdejürgen, Thomas Rother (alle SPD), Burkhard Peters, Ines Strehlau (beide Grüne), Oliver Kumbartzky (FDP), Wolfgang Dudda (Piraten) und Lars Harms (SSW) an. Bei der Beschlussfassung gab es zehn Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung.

### Wofür Wahlkreise?

In den 35 Wahlkreisen wählen die Bürger je einen Abgeordneten direkt in den Landtag. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der Stimmen erringt. In aller Regel fallen die Wahlkreise an einen Kandidaten der beiden großen Parteien CDU und SPD. Bei der Landtagswahl 2012 gewann die CDU 22 Wahlkreise (vor allem in ländlichen Regionen), die SPD sicherte sich 13 Direktmandate, insbesondere in den Städten. Weitere 34 Landtagsabgeordnete ziehen über die Landeslisten der Parteien ins Parlament ein.

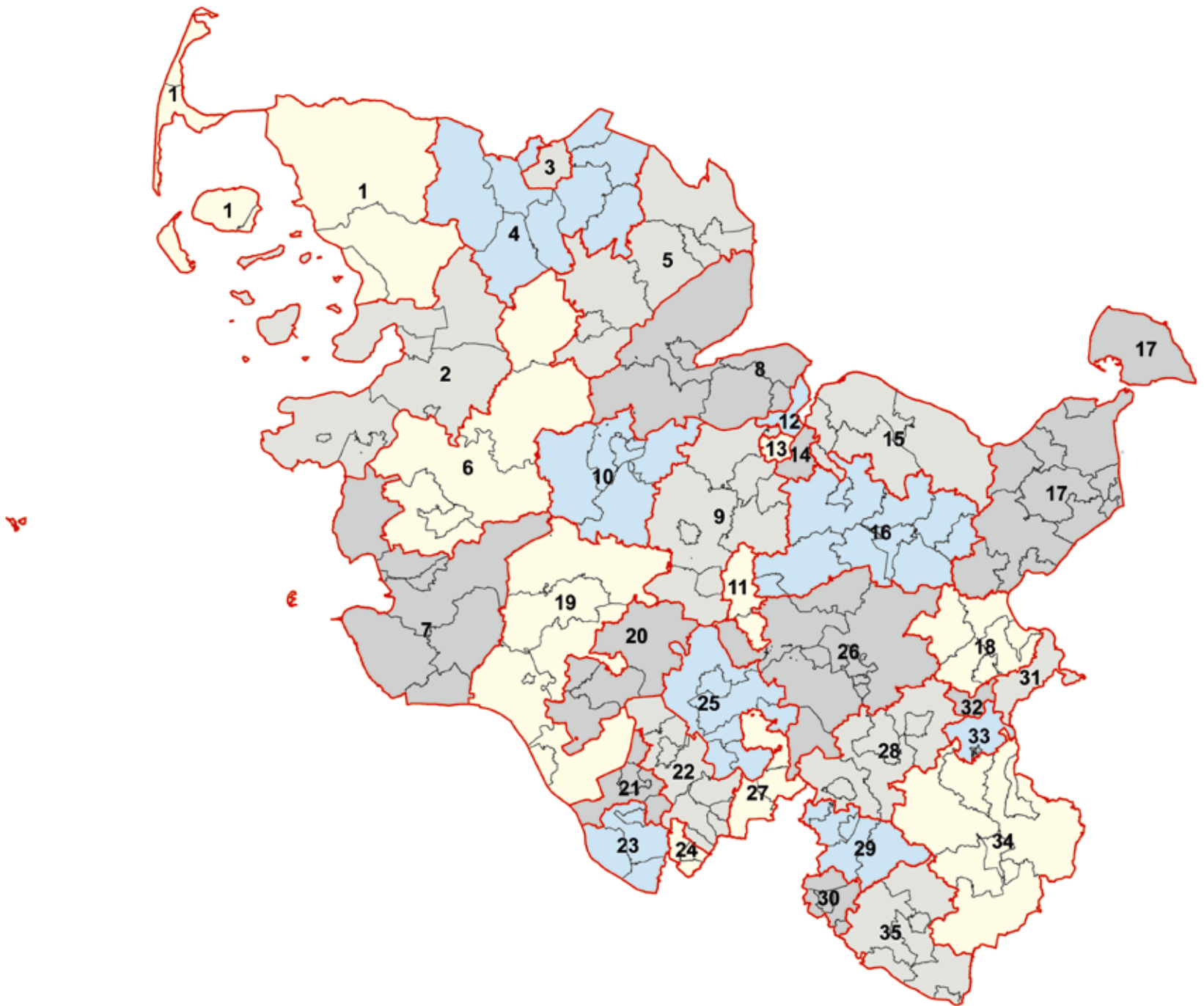
### Reaktionen: zwischen „sachgerecht“ und „unverständlich“

„Sachgerecht“, „schlüssig“, „tragfähig“ – die neue Wahlkreiseinteilung ist im Landeshaus auf ein überwiegend positives Echo gestoßen. Sowohl die Koalitionsfraktionen als auch die CDU lobten die Einigung im Wahlkreisausschuss. „Diese Wahlkreiseinteilung wird sicher viel länger halten als drei Jahre“, hoffen SPD, Grüne und SSW. Zuletzt war die Wahllandkarte 2012 neu aufgeteilt worden.

Kritik kam hingegen von der FDP und aus einigen Regionen, die von Änderungen betroffen sind. Die Liberalen argwöhnten, dass die Union eine für sie günstige Wahlkreiseinteilung ausgehandelt habe, indem sie im Gegenzug der SPD das Pairing bei Abstimmungen im Landtag angeboten habe. Kommunalpolitiker, etwa aus Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde, reagierten „mit Unverständnis“, weil ihre

Ämter und Gemeinden anderen Landkreisen zugeschlagen wurden. So fällt ein Teil des Kreises Schleswig-Flensburg an Dithmarschen-Nord, und 26 Gemeinden aus Rendsburg-Eckernförde fusionieren mit Steinburg-West.

# Landtagswahlkreise 2017



- |    |                        |    |                       |    |                |
|----|------------------------|----|-----------------------|----|----------------|
| 1  | Nordfriesland-Nord     | 13 | Kiel-West             | 25 | Segeberg-West  |
| 2  | Nordfriesland-Süd      | 14 | Kiel-Ost              | 26 | Segeberg-Ost   |
| 3  | Flensburg              | 15 | Plön-Nord             | 27 | Norderstedt    |
| 4  | Flensburg-Land         | 16 | Plön-Ostholstein      | 28 | Stormarn-Nord  |
| 5  | Schleswig              | 17 | Ostholstein-Nord      | 29 | Stormarn-Mitte |
| 6  | Dithmarschen-Schleswig | 18 | Ostholstein-Süd       | 30 | Stormarn-Süd   |
| 7  | Dithmarschen-Süd       | 19 | Steinburg-West        | 31 | Lübeck-Ost     |
| 8  | Eckernförde            | 20 | Steinburg-Ost         | 32 | Lübeck-West    |
| 9  | Rendsburg-Ost          | 21 | Elmshorn              | 33 | Lübeck-Süd     |
| 10 | Rendsburg              | 22 | Pinneberg-Nord        | 34 | Lauenburg-Nord |
| 11 | Neumünster             | 23 | Pinneberg-Elbmarschen | 35 | Lauenburg-Süd  |
| 12 | Kiel-Nord              | 24 | Pinneberg             |    |                |



IM RÜCKBLICK

# Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht die Reise ins Jahr 1985. Der Landtag stritt über die Pläne für einen Nationalpark im Wattenmeer.

1985:

## Am Nationalpark im Watt scheiden sich die Geister

**E**in Hauch von „grüner“ Politik wehte im Jahr 1985 durch den Kieler Landtag – obwohl die junge Öko-Partei damals noch gar nicht im Parlament vertreten war. CDU-Mehrheit und SPD-Opposition stritten über die Regierungspläne für einen Nationalpark im Wattenmeer und griffen damit ein Thema auf, das die Umweltschützer seit den 1970er Jahren vehement auf die Tagesordnung gesetzt hatten.

Denn das Watt mit seinem einzigartigen Reichtum an Tier- und Pflanzenarten war bedroht: Chemiekonzerne schickten Schiffe in die Nordsee, die Giftmüll verklappten – also ins Meer kippten. Rüstungsfirmen feuerten Probe-schüsse in Richtung Wattenmeer. Luftwaffen-Jets übten Tiefflüge. Und 1976 sickerte durch, dass das Bundesforschungsministerium die Heimat von Seehund und Ringelgans als möglichen Standort für Atomkraftwerke einstufte. Vor Ort wuchs die Empörung. Bürgerinitiativen riefen zu Demonstrationen auf, und die schleswig-holsteinische Westküste wurde zu einem Brennpunkt der neuen Umweltbewegung.

Und das beeindruckte auch die ansonsten industriefreundlichen und technologiebegeisterten Christ- und Sozialdemokraten. „Wir alle haben die Pflicht, diesen einzigartigen Lebensraum insgesamt zu schützen“, mahnte CDU-Ministerpräsident Uwe Barschel im April 1985 im Landtag. „Ausschließlich ein Nationalpark“ könne „der besonderen Schutz-würdigkeit unseres Wattenmeers

gerecht werden“. Der Plan: ein 265.000 Hektar großer Schutzraum im Meer, von der dänischen Grenze bis zur Elbmündung. Knapp ein Drittel davon sollte zur „Tabuzone“ werden, wo der Mensch weitestgehend draußen bleiben muss.

Mit seinem Entwurf für ein Nationalparkgesetz handelte sich Barschel indes Ärger an zwei Fronten ein. Da waren zum einen die Bewohner der Westküste. Viele Friesen und Dithmarscher fürchteten, die Politik im fernen Kiel wolle sie entmündigen und in ein Reservat sperren. Und da waren die Umweltschützer, denen die Vorschriften nicht weit genug gingen.

Beide Seiten kamen zu Wort, als der Landtag das Nationalparkgesetz am 2. Juli 1985 abschließend beriet. „Mir fällt die Zustimmung zu diesem Regierungsentwurf sehr schwer“, gestand die CDU-Abgeordnete Anke Gravert von der Insel Nordstrand: „Denn ich teile die Bedenken der Halligbewohner und der Insulaner in vielen Punkten.“ Gravert attackierte die „vielen sogenannten Naturschützer von weit her, die zwar Enten zählen können, aber ansonsten leider den Unfrieden in vielen Bereichen geschaffen haben.“ Immerhin, so Gravert, werde der Nationalpark „den Küstenschutz nicht einschränken“, und die Westküstenkreise bekämen ein Mitspracherecht beim neuen Nationalparkamt in Tönning.

Die Position der Umweltakti-visten vertrat der spätere Land-

wirtschaftsminister Hans Wiesen von der SPD. Wiesen störte sich daran, dass die CDU die Ölförderung in der Meldorfer Bucht, mitten im Nationalpark, gestatten wollte. Dort entstand zwei Jahre später die Bohrplattform „Mittelp-late“. Es sei ein „Veralbern der Menschheit“, an die Ölfördertürme „das Schutzetikett ‚Nationalpark‘ zu hängen“, schimpfte Wiesen. Auch einen Kompromiss mit den Küstenbewohnern prangerte er an: Der Nationalpark begann nun nicht, wie ursprünglich geplant, auf der Deichkrone, sondern 150 Meter weit im Meer. Das sei „bürgerfremd, weil die Grenze für die Besucher nicht erkennbar ist“.

Die SPD votierte am Ende geschlossen gegen die Pläne. SSW-Mann Karl-Otto Meyer fehlte erkrankt, äußerte sich aber per Pressemitteilung ebenfalls ablehnend. So stimmte nur die CDU-Mehrheit mit Ja und rief den

Nationalpark zum 1. Oktober 1985 ins Leben.

Die Grünen konnten ihr Kern-thema erst in den 1990er Jahren im Landtag aufgreifen, als sie erstmals in Parlament und Regie-rung vertreten waren. Als die rot-grüne Koalition den Nationalpark im Jahr 1999 auf 441.000 Hektar ausdehnte, kochte an der West-küste erneut die Wut hoch: 143 Krabbenkutter fuhren im Konvoi durch den Nord-Ostsee-Kanal, um in der Kieler Förde vor dem Landeshaus gegen die Pläne zu protestieren.

Der Ärger ist heute weitge-hend verflogen. 82 Prozent der Befragten in Dithmarschen und Nordfriesland haben sich 2009 laut Nationalparkamt für den Erhalt des Nationalparks ausgesprochen. Im selben Jahr stieg das Wattenmeer in die Weltliga auf: Es gehört jetzt zum UNESCO-Weltnaturerbe.



An der Westküste gebe es ein „gesundes Misstrauen“ gegen den Nationalpark, stellte Anke Gravert (CDU) fest. Denn die Region sei nicht nur Schutzgebiet, sondern auch Heimat von 70.000 Menschen. Hans Wiesen (SPD) reichten die Pläne hingegen nicht aus: „Es geht darum, alles Störende abzuwenden und in diesem Gebiet endlich dem Naturschutz Vorrang zu geben.“



## Landeshaus-Paternoster fährt wieder

**Sechs Wochen rechtliche Unsicherheit inklusive sechs Tage Stillstand sind überstanden: Der Paternoster im Landeshaus wird auch künftig seine Runden drehen. Der Bundesrat hob Mitte Juli das umstrittene Fahrverbot für die historischen Aufzüge auf. Zuvor hatte Landtagspräsident Klaus Schlie in Kiel bereits Fakten geschaffen.**

Nach Berichten über Unfälle hatte das Bundesarbeitsministerium von Ministerin Andrea Nahles (SPD) am 1. Juni eine Neufassung der Betriebssicherheitsverordnung in Kraft gesetzt. Demnach durften nur noch Beschäftigte des jeweiligen Betriebs, die an einer speziellen Einweisung teilnehmen, auf Paternoster-Fahrt gehen. Im Landeshaus legte die Gebäudemanagement Schleswig-

Holstein (GMSH) daraufhin den Fahrstuhl komplett still. Angesichts der vielen Besucher im Haus könne man die Betreiberhaftpflicht nicht mehr übernehmen, hieß es. Die Folge: Gäste, Mitarbeiter und Abgeordnete mussten normale Aufzüge nehmen oder Treppe steigen.

Hiergegen hagelte es Kritik im Landtag. Von einer „irrsinnigen Vorschrift“ und einer „systematische Bevormundung“ war in der Juni-Sitzung die Rede. Tenor: Der Fahrstuhl im Landeshaus sei in 65 Jahren Laufzeit nicht als Unfall-schwerpunkt aufgefallen. Nach sechs Tagen setzte sich Landtagspräsident Klaus Schlie als Hausherr über die Verordnung hinweg und nahm den Aufzug wieder in Betrieb.

Auch an vielen anderen der rund 250 deutschen Paternoster-Standorte regte sich Protest, und die Bundesländer erhoben in Berlin Einspruch. Arbeitsministerin Nahles brachte daraufhin eine neue Verordnung auf den Weg. Kernpunkt: Paternoster dürfen weiterhin laufen, wenn die Betreiber auf die Gefahren hinweisen, etwa mit Schildern. Die Länderkammer stimmte im Juli umgehend zu – einstimmig.



## Erfolgreich ausgebildet

Zwei junge Damen haben in diesem Sommer ihre Berufsausbildung in der Landtagsverwaltung erfolgreich abgeschlossen. Jessica Jahnke (2. v. li.) verlässt das Landeshaus als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Bibliothek. Laureen Vöge tritt als Kauffrau für Bürokommunikation ihren weiteren Berufsweg an. Landtagsdirektor Utz Schliesky (li.) und Landtagspräsident Klaus Schlie verabschiedeten die beiden an ihrem letzten Arbeitstag nach drei Jahren im Landtag. Die Landtagsverwaltung bildet seit dem Jahr 2006 Berufsanfänger in vier Fachrichtungen aus. Die Ausbildungsinitiative wird 2016 fortgesetzt.

## Neuer Straßenname: Ehrung für Seenotretter

Die Stichstraße vom Düsternbrooker Weg zur Wasserschutzpolizei, vorbei am Landeshaus, heißt seit Mitte Juni Arwed-Emminghaus-Weg. Die Stadt Kiel und das Land ehren damit den Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS). Die 1865 in Kiel ins Leben gerufene DGzRS feiert in diesem Jahr ihr 150-jähriges Bestehen. Die Straße trug bislang keinen Namen. An der Adresse des Landtages (Düsternbrooker Weg 70) ändert sich nichts.



## Landtag: Läuft

Das Laufteam des Landtages erreichte beim Fünf-Kilometer-Firmenlauf Mitte Juli am Ufer der Kieler Förde den 57. Platz unter 177 Teams. Die Mannschaft kam auf eine Durchschnittszeit von 25,31 Minuten. Die Landtagsläufer waren stolz, dass sie knapp hinter dem Wirtschaftsministerium als zweitbeste Landesbehörde ins Ziel kamen. Zu dem zehnköpfigen Team gehörten neben Mitarbeitern der Landtagsverwaltung auch Abgeordnete von CDU und SPD.





# Poetry op platt in'n Plenarsool

500 Gäst weern in'n Mai in't Landeshuus komen, üm sik den plattdüütschen Poetry Slam antohören un antokieken – en Wettstriet twischen acht Schrieverslüüd. Veer dorvun weern Redakteure vun de NDR 1 Welle Nord. De Radio-Mokers harrn düssen Obend tosammen mit'n Landdag organisiert. De Radio-Lüüd weern allens Platt-Snackers, man keene Slam-Experten. De annern veer hebbt al vele Slams mitmakt,

man noch nich op platt. Jeder harr siene plattdüütschen Vertellen mitbröcht, un dorför geev dat hupenwies Bifall vun de Tokiekers. Bi Sven Kamin ut Wedel wörr an'n mehrsten klatscht, he weer to'n Sluss de Winner. Un Sven freit sik, dat he mit sien „Flüchtlingsplatt“ wunnen harr. Denn siene Familie keem ut Schlesien na Sleswig-Holsteen, un bi em tohuus wörr keen platt snackt.



Albert Einstein, vertellt Jacqueline Lindemeier ut Flensburg, dröppt Elvis Presley, as de jüst dorbi weer, sik en Doos Ravioli in de Mikrowell warm to moken. Einstein versöcht uttoklamüstern, worüm de Ravioli in düssen Kasten warm warrn. Un he markt: Mit de Doos kannst du ok en Katt dootsmieten. Man versöök blots nich, de Katt in de Mikrowell to packen.



Bleu Brode ut Geesthacht präsentiert en Geschicht över sien Grootvader. De harr jümmers to em seggt: Mien Jung, du dörvst dumm sien, du müttst di blots to hölpn weten. Un noch 'n klooken Raat kreeg Bleu mit op den Weg: „Lever Levertran as Levertransplanta-schion!“



Bi uns tohuus hangt keen Schild „Wi snackt platt“, vertellt Sven Kamin ut Wedel – wiel bi uns tohuus keenen platt snackt hett. He sölvn hett de Spraak eerst laater leert, in Kassel, „dat weer en Schlamassel“. Dor weer he de eenzige, de „nordisch by nature“ weer. Un nu kann he platt snacken un hett sik ok en Platt-Schild köfft.



He is keen Mann vun Welt, seggt Jan Graf ut Passade: „Ik bün in'n Landkreis Uelzen opwussen.“ Man scheun weer dat dor: „Dor kann Barcelona nicht mithollen.“ De grote Welt is liekers nich slecht, hett he rutfunnen: „Mien Mobiltelefon kümmt ut Finnland – is doch nich allens Schiet an de Globalisierung!“



Helge Albrecht ut Schleswig is to See fohren, man he hett gau markt, dat dat nix för em is. De See mookt keen Ünnerscheed twischen Mannslüüd un Fruunslüüd oder twischen Arm un Riek, seggt he – de See mookt blots een Ünnerscheed twischen Smutje un Jammerlappen. Un en Smutje, dat warrt he sien Leevdag nich mehr, seggt he.



In't Jahr 2026, meent Ines Barber ut Rendsborg, warrt de Rader Hochbrüüch över'n Kanol tosamnkrachen, un de Rendsborger Isenbohnbüüch glieks mit dorto. De Norden vun Sleswig-Holsteen warrt dann afhangt, „vun wegen op ewig ungedeelt“. De Minschen wandert ut, un twischen Flensburg un Husum levt dann blots noch de Wulf.



Matthias Stührwoldt hett bi sik tohuus in Stolpe bi Plön jümmers deftig Geboortsdag fiert: „Wi harrn jümmers Beer in't Huus, mien Moder hett dacht, dat is dat wichtigste, dat dat Beer nich utgeiht.“ Un Zigaretten geev dat ok mit dorto: „In de Noot hebbt wi sogor Lord Extra schmöökt!“



Gerrit Hoss ut Hamborg findt, dat Tupper dat beste Material is, üm unse Kultur to konserveren. In twee Million Johren giff dat blots noch en paar Tuppereschötteln op de Eerd, seggt he. Un de Marsinschen köönt dann in düsse Tiedkapsel nokieken, wat wi rinpackt hebbt: een Buddel Köm, een Döner un een Fips-Asmussen-CD.



Platt-Skeptiker in der Chefredaktion:  
Stephan Richter, Christian Longardt, Gerald Goetsch (v. li.)

## Chefredakteure über Niederdeutsch in der Zeitung:

### Platter geht's nicht

Der Beirat Niederdeutsch beschäftigte sich Ende April mit der Frage, wie es um Plattdeutsch in den Printmedien bestellt ist – und lud zur Redaktionskonferenz.

Die Chefredakteure der auf-lagenstärksten schleswig-holsteinischen Tageszeitungen sprachen mit Abgeordneten und Heimatverbänden über die Rolle von Platt in ihrer Berichterstattung und über die Zukunftsaussichten für die Regionalsprache. Tenor: Platter als bisher wird es wohl nicht.

So sieht Gerald Goetsch von den Lübecker Nachrichten das Niederdeutsche eindeutig auf dem Rückzug. Ältere Leser seien zwar noch interessiert, junge Leute hingegen generell schwer für Printmedien zu gewinnen: „Plattdeutsch kann sexy sein, aber man muss andere Kanäle dafür suchen – wie die sozialen Medien oder auch die Schule.“

Gerade an junge Leute richtet sich der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (sh:z). Hier soll die Kinderseite op Platt wieder aufleben. Ansonsten hat die Sprache bei den Lesern des sh:z aber einen schweren Stand, erklärte Chefredakteur Stephan Richter. Die Zeitung erhalte zunehmend kritische Leserreaktionen auf plattdeutsche Artikel. Und online würden die Beiträge kaum gelesen.

Mehr Platz für Platt haben die Kieler Nachrichten (KN). Auch nach der Neugestaltung der Zeitung Anfang Juni bleibe die Plattdeutsch-Seite eine feste Größe, so Chefredakteur Christian Longardt. Die Redaktion habe das Thema zwar kontrovers diskutiert, habe sich letztlich aber für Platt entschieden: Eine moderne Regionalzeitung könne man nicht ohne Heimatbezug machen. Damit die Sprache nicht nur zu lesen, sondern auch zu hören ist, gebe es zudem plattdüütsche Videos auf der Website der KN.

Insgesamt wird es aber wohl dabei bleiben, dass Platt auf den Zeitungsseiten eine Randerscheinung ist, waren sich die drei Chefredakteure einig. Das habe neben dem geringen Interesse einen weiteren Grund: Nur wenige Redakteure schnacken – und schreiben – platt.

## Sechs Platt-Projekte

### bekamen die „Emmi“

Große Freude über die „Emmis für Plattdüütsch in Sleswig-Holsteen“: Sechs Bildungsinstitutionen und Freizeitgruppen nahmen Anfang Juni im Kieler Landeshaus die „lütte Seejungfru“ für die Förderung des Plattdeutschen im Alltag in Empfang. Die Emmis gingen in den Kreis Nordfriesland, nach Heide, Kiel und Flensburg sowie nach Seedorf (Kreis Segeberg).

Landtag, Bildungsministerium und Heimatbund verliehen die Auszeichnung zum vierten Mal. „Mit den Pries wüllt wi dat Plattdüütsche för den Alldag stark maken. Dat maakt groten Indruck op mi, wat dat överall för Initiativen giff“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie. 15 Bewerbungen hatte es insgesamt gegeben. Die Arbeitsgemeinschaft Bildung im Beirat Niederdeutsch entschied sich als Jury dafür, sechs davon auszuzeichnen.

Der Preis wurde in mehreren Kategorien vergeben. Im Bereich Grundschulen gab es zwei Sieger: Die Grundschule Schlamersdorf in Seedorf gewann mit ihrem Film „Landparty op Platt“ eine Emmi. Dabei drehten die Schüler eine eigene Ausgabe der TV-Sendung „Landpartie“. Die Grundschule

Lüttenheid aus Heide überzeugte mit der Radio-Sendung „Is uns Platt blots noch för de Katt?“, bei der sie auf der Straße nach den Plattdeutsch-Kenntnissen der Leute fragte.

Bei den weiterführenden Schulen gewann die Klasse 8a der Gemeinschaftsschule Hassee in Kiel mit einer Zeitung auf Plattdeutsch. Eine besondere Herausforderung: An der Zeitung wirkten auch viele Kinder mit, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Zudem holte die Arbeitsgruppe Platt in der Sekundarstufe I in Nordfriesland mit dem Stück „De lütten Lüüd ut Schwabstedt“ eine Emmi.

In der Kategorie Fachschulen/Fachhochschulen/Universitäten wurde Florian Kruse für seine Bachelor-Arbeit „Theaterpädagogische Methoden zur Förderung des niederdeutschen Spracherwerbs in der Schule“ an der Universität Flensburg ausgezeichnet. Und die Theatergruppe „Junge Lüüd ut Löwenstedt“ freute sich über eine Auszeichnung in der Kategorie Vereine, Verbände, Gruppen. Hobbyschauspieler aus dem nordfriesischen Löwenstedt spielen dabei zusammen Theater – etwa Michael Endes „Momo“ auf Plattdeutsch.



Spielte „Momo“ auf platt: die Theatergruppe aus Löwenstedt



## Freihandel kontra Verbraucherschutz: Wirtschaftsprofessor Henning Klodt beleuchtet TTIP

Soll das viel gescholtene amerikanische Chlorhühnchen auf Europas Mittagstischen landen? Bekommt die deutsche Exportwirtschaft im Gegenzug bessere Chancen auf dem US-Markt? Der Konflikt Freihandel kontra Verbraucherschutz ist ein zentraler Streitpunkt bei TTIP, dem geplanten Handelsabkommen zwischen EU und Vereinigten Staaten. Prof. Henning Klodt vom Kieler Institut für Weltwirtschaft gab Ende April im Landeshaus seine Einschätzung ab. Sein Fazit: Vieles ist noch unklar, vor allem bei den umstrittenen Schutzklauseln für Investoren. Aber: Die „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ dürfe nicht scheitern – das wäre „ein fatales Signal für den Welthandel“.

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt werde wegen TTIP pro Jahr zwar nur minimal steigen, sagte Klodt, Leiter des Zentrums Wirtschaftspolitik an dem Kieler Institut. Freihandel und der Abbau von Barrieren seien aber grundsätzlich „gut für alle Beteiligten“. Ziel ist es, die weltweit größte Freihandelszone mit rund 800 Millionen Bürgern einzurichten.

Der Ökonom, der sich als „Neoliberaler“ beschreibt, war auf Einladung der Juristischen Gesellschaft in den Landtag gekommen und stellte sich nach seinem Vortrag der Diskussion mit den rund 70 Gästen. Ein Kernpunkt der Debatte: die unterschiedlichen Schutzstandards diesseits und jenseits des Atlantiks. Europäische TTIP-Gegner befürchten



Trotz Kritik an einzelnen Punkten: Prof. Henning Klodt beurteilt TTIP im Grundsatz als „eindeutig positiv“.

Einschnitte beim Verbraucherschutz. Neben dem gechlorten Hühnchen stehen amerikanische Agrarprodukte aus gentechnisch verändertem Saatgut am Pranger. In der Tat biete die EU oft den höheren Schutzstandard, betonte Prof. Klodt. In einigen Bereichen, etwa bei der Bleikonzentration im Kinderspielzeug, habe Amerika allerdings die Nase vorn. Und vielfach seien die Vorgaben in den USA nicht besser oder schlechter, sondern einfach nur anders. So schreibt Europa klappbare Außenspiegel bei PKW vor, die USA hingegen bestehen auf starren Spiegeln: „Was besser ist, kann ich nicht sagen“, bekannte Klodt. Auch beim Chlorhuhn sei es schwer, ein eindeutiges Urteil zu fällen. In den USA wird das Geflügel im Chlorbad desinfiziert, um Salmonellen abzutöten. In Europa gibt es zwar keine Chlor-Behandlung, aber dafür bleiben möglicherweise Bakterien im Fleisch.

Ein weiterer Angriffspunkt der TTIP-Skeptiker sind die geplanten

Schiedsgerichte, vor denen Investoren ihre Interessen gegen einzelne Staaten durchsetzen könnten. Die Idee: Bei Streitigkeiten benennen beide Parteien ein Gremium aus drei Richtern. Das Verfahren soll hinter verschlossenen Türen ablaufen, eine Revision soll es nicht geben. Was als Schutz für ausländische Investoren vor staatlicher Willkür gedacht ist, könne „zweckentfremdet“ werden, um nationale Gesetze auszuhebeln, mahnte Prof. Klodt. Als Beispiel nannte er die Klage des Vattenfall-Konzerns gegen die deutsche Energiewende. Der schwedische Energieriese verlangt von der Bundesrepublik 4,7 Milliarden Euro, weil er seine Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel abschalten musste. Eine solche Klage sei ein „Verstoß gegen das Rechtsempfinden der Bevölkerung“, urteilte Klodt.

Seine Forderungen: Rechtsstreitigkeiten über TTIP müssten öffentlich verhandelt werden, und es müsse eine Revisionsinstanz

geben. Idealerweise solle ein „Investitionsgerichtshof“ nach Vorbild des Internationalen Strafgerichtshofs eingerichtet werden.

Dass es in näherer Zukunft dazu kommt, ist aber nach Prof. Klodts Einschätzung unwahrscheinlich: „Ich habe keinen Optimismus für einen schnellen Abschluss.“ Zwar sei Ende 2015 als Schlusspunkt der Verhandlungen ausgegeben, aber bereits jetzt hinken die Delegationen hinter ihrem Fahrplan her. Und wenn es dann einen TTIP-Text gebe, bleibe die Frage, wer alles zustimmen muss: das EU-Parlament, oder auch der Bundestag? Oder, da auch Länderinteressen berührt werden, der Bundesrat und die Landesparlamente? Wie groß der Kreis der Betroffenen ist, zeigt ein Beschluss des Kreistages von Nordfriesland. Dort haben die Abgeordneten im vergangenen September ein Papier verabschiedet, in dem sie ihre „große Sorge“ über TTIP ausdrücken.

## Vortrag über den DDR-Geheimdienst von Prof. Hansjörg Geiger

### „Die Stasi-Aufarbeitung

### ist noch nicht abgeschlossen“

**Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Akten der DDR-Staatssicherheit noch immer nicht vollständig aufgearbeitet. Darauf hat Prof. Hansjörg Geiger Ende Juni im Landtag hingewiesen. Der ehemalige Direktor der Berliner Stasi-Unterlagenbehörde sprach vor 100 Gästen im Plenarsaal über seine Erfahrungen aus der Wendezeit und über die heutige Bedeutung der Aktenberge.**

Rund 200 Kilometer würden die Aktenordner der Stasi reichen, wenn man sie Seite an Seite aufstellt, so Geiger. Sie enthalten etwa sechs Millionen Namen von Menschen, die bespitzelt und drangsalieren wurden. Die Unterlagenbehörde stellt die Schriftstücke und Fotos zur Verfügung, wenn Bürger prüfen wollen, was die Stasi über sie gesammelt hat. Pro Jahr gehen rund 100.000 Anfragen ein.

Der freie Zugang zu den Stasi-Daten sei nach wie vor „ein Beleg dafür, dass das DDR-System überwunden wurde“, betonte der gebürtige Bayer. Es unterstreiche den Wert der rechtsstaatlichen Demokratie, dass die Betroffenen die Kontrolle über ihre Privatsphäre zurückbekommen. Geiger wandte sich damit auch gegen Forderungen, die Stasi-Papiere zu versiegeln oder zu vernichten. Das hatten in der Wendezeit vor allem westdeutsche Politiker verlangt, wie der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. Schäuble fürchtete Gewalttaten gegen enttarnte Spitzel. Anfang 1990 arbeiteten 90.000 Personen hauptamtlich für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), hinzu kamen 189.000 Inoffizielle Mitarbeiter. Erst nach einem Hungerstreik von Bürgerrechtlern landete die Stasi-Aufarbeitung im deutsch-deutschen Einigungsvertrag. Insofern sei es falsch, hier von einem „Akt der westlichen Siegerjustiz“ zu sprechen, bemerkte der heutige Jura-Professor. Geiger selbst ging 1990 als bayerischer Datenschutz-Beamter nach Ost-Berlin und unterstützte den ersten Behördenleiter, den heutigen Bundespräsidenten Joachim Gauck, beim Aufbau des neuen Amtes. Heute arbeiten dort knapp 2.000 Menschen.

Wie es mit den MfS-Unterlagen weitergeht, ist derzeit umstritten. Das Stasi-Unterlagengesetz läuft 2019 aus. Eine Kommission unter Leitung des ehemaligen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Wolfgang



**Unterstreicht die Bedeutung der Stasi-Unterlagenbehörde: Prof. Hansjörg Geiger**

Böhmer, arbeitet an Vorschlägen für die Zeit danach. Geiger erwartet auch in der Zukunft Enthüllungen, die im persönlichen Umfeld oder in der Öffentlichkeit für Erstaunen oder Erschrecken sorgen: „Es gibt immer wieder Überraschungen.“

Prof. Geiger kam auf Einladung des Vereins „Gegen Vergessen. Für Demokratie“, der Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg und des Landesbeauftragten für Politische Bildung nach Kiel.



**Fordert mehr Anerkennung für Soldaten im Kampfeinsatz: Johannes Clair**

## Lesung mit Afghanistan-Rückkehrer Johannes Clair

### „Es gibt in Deutschland wieder

### Veteranen und Gefallene“

**Deutschland schickt seine Soldaten ins Ausland – und will dann nichts mehr von ihnen wissen. Diesen Vorwurf erhebt der ehemalige Afghanistan-Kämpfer Johannes Clair. Der heute 29-Jährige hat seine Front-Erlebnisse in einem Buch verarbeitet, das er Anfang Juni vor 250 Gästen im Landeshaus vorstellte.**

„Vier Tage im November“, so der Titel, haben Clairs Leben verändert. Der Fallschirmjäger, im deutschen ISAF-Lager in Kunduz stationiert, überlebte Ende 2010 einen Sprengstoffanschlag und den Beschuss der Taliban nur knapp.

Die Folgen für ihn: Schlaflosigkeit, Konzentrationsstörungen, Panikattacken. „Die Angst war so schlimm, dass ich nicht mehr handlungsfähig war“, sagt der Oberstabsgefreite. Zurück in Deutschland fühlt er sich allein gelassen und unverstanden – von Freunden und Bekannten, deren Alltagsorgen ihm nun banal erscheinen. Aber auch von der Berliner Politik, die Begriffe wie „Krieg“ und „Gefallene“ meidet und „nicht offen ausspricht, was in Afghanistan passiert“. Und von der Bundeswehr, die, wie er selbst, davon ausgeht, „dass der Einsatz mit dem Rückflug endet“. Ein Betreuungsprogramm für traumatisierte Soldaten entsteht erst nach und nach. Johannes Clair hat sich inzwischen in psychotherapeutische Behandlung begeben, nachdem er „in ein tiefes Loch gefallen“ war und die ersten zweieinhalb Jahre „alles zuhause abgeladen hatte“.

So wie ihm gehe es vielen Soldaten, klagt Clair, der auch stellvertretender Vorsitzender des Bundes Deutscher Veteranen ist. Seit den ersten Kampfeinsätzen in den 1990er Jahren seien schon mehr als 100.000 Bundeswehrangehörige in Krisenregionen geschickt worden: „Es gibt wieder Veteranen und Tote.“ Und das sei für die Deutschen offenbar immer noch eine so neue Situation, „dass sie noch nicht den richtigen Weg gefunden haben, damit umzugehen“. Ein erster Schritt wäre eine zentrale Gedenkstätte in Berlin, als Ergänzung zu dem abgeschiedenen Ehrenhain in Potsdam: „Der gefallenen Soldaten muss an einem öffentlichen Ort gedacht werden.“

Mit dem Erfahrungsbericht von Johannes Clair hat das Parlament die Reihe „Politische Literatur im Landtag“ fortgesetzt. Partner der Veranstaltung waren der Kieler Verein „Mahnmal Kilian“, der Lauenburgische Kunstverein und der Heimatbund und Geschichtsverein Herzogtum Lauenburg.



## 70 Jahre Kriegsende: Gedenken an die Toten, Dank an die Briten

Der Zweite Weltkrieg endete in Deutschland im Frühling vor 70 Jahren. Am 4. Mai 1945 besetzten britische Truppen Lübeck, und die Waffen schwiegen in ganz Schleswig-Holstein. Am diesjährigen 4. Mai gedachte der Landtag des Kriegsendes in der Lübecker St. Marien-Kirche mit einem Festakt, zu dem auch der britische Botschafter Sir Simon McDonald geladen war.

Landtagspräsident Klaus Schlie würdigte vor rund 500 Gästen die deutsch-britische Versöhnung: „Der Anfang der Besetzung war zugleich auch der Anfang, aus dem ein demokratisches Westdeutschland und schließlich ein geeintes, demokratisches, friedliches Europa entstand.“ Obwohl die britische Bevölkerung massiv unter den deutschen Luftangriffen gelitten habe, habe die Militärregierung nach 1945 nicht auf Rache, sondern konsequent auf Demokratie, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit gesetzt. „Wir Norddeutschen haben den Briten viel zu verdanken“, so Schlie.

Lübeck's Bürgermeister Bernd Saxe mahnte, dass Werte wie Weltoffenheit und Toleranz keine Selbstverständlichkeit seien, sondern von Generation zu Generation weitergegeben werden müssten: „Es bleibt ein ewiger Auftrag der Menschen, dass das, was vor 70 Jahren sein Ende fand, nie wieder passiert.“

Wie bedeutend die Verbindung zwischen Großbritannien und Deutschland, insbesondere Schleswig-Holstein, ist, hob Sir Simon McDonald hervor. Er führte die gemeinsame Geschichte bis ins fünfte Jahrhundert zurück, als germanische Stämme aus



Vor dem Lübecker Rathaus: Oberbürgermeister Bernd Saxe, Botschafter Sir Simon McDonald, Landtagspräsident Klaus Schlie und der stellvertretende Stadtpräsident Klaus Puschadel (v. li.)

dem heutigen Schleswig-Holstein nach Britannien aufbrachen – die Vorfahren der Angelsachsen. Die in den folgenden Jahrhunderten entstandene Verbundenheit, Handelspartnerschaft und Freundschaft seien erst im 20. Jahrhundert von Kaiser Wilhelm II. und den beiden Weltkriegen unterbrochen worden, so McDonald. Nach 1945 sei den Briten aber klar gewesen, dass man Deutschland als Partner brauche, nicht als Vasallen. Sein Appell: „Lassen wir uns von den

heutigen Verbindungen inspirieren, damit sich die Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht wiederholen.“

Eingebettet war die Gedenkstunde in einen ökumenischen Gottesdienst, geleitet vom Landesbischof der evangelischen Nordkirche, Gerhard Ulrich, und dem katholischen Hamburger Erzbischof Stefan Heße. Die Lübecker Knabensantorei und das Marinemusikkorps Kiel begleiteten die Feierstunde musikalisch.

### Gedenken I:

#### Bunte Rosen

Mit einer neu gezüchteten Rose namens „Friedenslicht“ erinnert die Initiative ProGedenkstätten an das Kriegsende.

Ex-Ministerpräsidentin Heide Simonis (links) und Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann (rechts) halfen dabei, die ersten Exemplare



vor dem Landeshaus einzupflanzen. Die Rose solle helfen, die Erinnerungskultur zu stärken, sagte die Leiterin der Initiative, Karin Penno-Burmeister (Mitte). Ziel ist es, bis Jahresende 10.000 Pflanzen zu verkaufen – Stückpreis im Topf etwa 15 Euro. Davon geht jeweils ein Euro an Gedenkstätten. Züchter der Blume ist die Firma Rosen Tantau aus Uetersen.

### Gedenken II:

#### Weißer Flaggen

Weißer Flaggen erinnerten Anfang Mai im Landtag an das Kriegsende. Sie waren Teil des Kunstprojekts „Zwischen den Zeiten“, das die Frage „Was heißt Frieden?“ thematisiert. Mehrere Hundert Antworten von Kindern und Erwachsenen fasste die Lübecker Künstlerin Ute Friederike Jürß auf fünf Bannern zusammen, die eine Woche lang im Foyer des Landeshauses hingen. Die weißen Parlamentärsfahnen seien „eine künstlerische Intervention im öffentlichen Raum“, so Jürß, „die sich mit dem Gestern beschäftigt und gleichzeitig an das Heute anknüpft“. Auch auf dem Landeshaus und vor mehreren Ministerien hingen die Friedensflaggen.



## Nachgehakt



**Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus?**

**In dieser Serie zeigen wir Beispiele.**

## Tempo-30-Zonen:

Eine breite Mehrheit im Landtag gab es im März für den Vorschlag, Tempo-30-Zonen schneller als bisher einzurichten (s. Landtagszeitschrift 01/2015) – auch an Hauptverkehrsstraßen. Die Idee: Die Kommunen sollen selbst entscheiden, ob sie Raser ausbremsen wollen, um die Umgebung von Kitas, Schulen, Seniorenwohnhäusern oder Krankenhäusern sicherer zu machen, und um die Anwohner vor Lärm zu schützen.

Im April griff die Verkehrsministerkonferenz auf schleswig-holsteinische Initiative den Vorstoß auf. Auch die anderen Bundesländer signalisierten beim Treffen in Rostock grundsätzliche Zustimmung. Nun haben Schleswig-Holstein und Niedersachsen eine

Arbeitsgruppe eingerichtet, die bis zum Herbst konkrete Schritte vorbereiten soll. Zu klären ist, an welchen Stellen der Bund die Straßenverkehrsordnung ändern müsste. Bisher ist festgeschrieben, dass die Zuständigkeit bei der Straßenverkehrsbehörde des jeweiligen Bundeslandes liegt. Bevor eine Geschwindigkeitsbegrenzung ausgeschildert werden kann, muss jeder einzelne Fall vom Land geprüft werden. Dafür muss die Kommune auch statistische Nachweise über das Verkehrsaufkommen vorlegen.

Der Vorschlag für einen unbürokratischen Weg zum Tempolimit stammte von den Liberalen, die Koalition schloss sich an.

## Jugendberufsagenturen:

Zahlreiche Lehrstellen bleiben unbesetzt, weil es vielerorts zu wenige Bewerber gibt. Gleichzeitig bleiben aber auch Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, weil sie keine Stelle in ihrem Traumberuf finden oder weil die Anforderungen zu hoch sind. Der Landtag hat deswegen im vergangenen November mit breiter Mehrheit angeregt, Jugendberufsagenturen (JBA) ins Leben zu rufen, die sich speziell um junge Menschen ohne Schulabschluss oder mit nur geringer Berufsqualifikation kümmern sollen. Nun hat die Landesregierung das Projekt auf den Weg gebracht.

200.000 Euro stehen in diesem und im nächsten Jahr bereit, um bis zu fünf JBA in Schleswig-Holstein zu starten. Die Agenturen sollen sich auf Kreisebene organisieren. Neben den Kommunen sitzen die Arbeitsagentur, Wirtschaftsvertreter, der DGB und die Berufsschulen mit am Tisch. Vorbild ist Hamburg, wo es seit 2012 Jugendberufsagenturen gibt. Aktuell sind in Schleswig-Holstein rund 10.000 Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit.

## Vorlesewettbewerb:

### Siegreich mit Abenteuerbüchern

Drei Jungen haben in diesem Jahr den Landesentscheid im Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels gewonnen. Laurenz, Stian und Roger überzeugten die Jury mit spannenden Vorträgen aus abenteuerlichen Jugendbüchern und setzten sich unter insgesamt 13 Finalisten durch. Der Lohn: eine Urkunde, ein Buch und ein Buchgutschein.



Schleswig-Holsteins beste Vorleser (v. li.):  
Roger Gambini, Laurenz Kulig, Stian Krumbek

Laurenz Kulig aus Ehndorf bei Neumünster war der Sieger im Wettbewerb der sechsten Klassen an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. Der Gymnasiast, der die Klaus-Groth-Schule in Neumünster besucht, überzeugte mit einer humorvollen Passage aus „Rico, Oscar und das Herzgebirge“ von Andreas Steinhöfel. Anschließend bewältigte Laurenz auch einen zuvor unbekanntem Abschnitt aus „Yolo, der wild gewordene Pudding und Jo Zwometerzwo“ von Gerlis Zillgens. Neben den Sachpreisen gewann der Zwölfjährige eine dreitägige Reise nach Berlin, wo er Schleswig-Holstein beim Bundesfinale vertrat. Hier landete Laurenz Mitte Juni knapp hinter der Siegerin aus Thüringen.

Beim Wettbewerb für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gewannen der 13-jährige Stian Krumbek aus Pönitz (Matthias-Leithoff-Schule Lübeck) und der 15-jährige Roger Gambini

aus Kiel (Ellerbeker Schule). Stian stellte sein Lieblingsbuch „Australien? Australien!“ von Tino Schrödl vor, der sehbehinderte Roger las aus „Diebe im Olymp“ aus der Percy-Jackson-Reihe von Rick Riordan.

Insgesamt machten in diesem Jahr rund 600.000 Kinder aus mehr als 7.100 Schulen beim größten bundesweiten Lesewettstreit mit. Allein in Schleswig-Holstein waren es 23.000 Schüler an 281 Schulen. Die Etappen führen über Stadt-, Kreis-, Bezirks- und Länderebene bis zum Bundesfinale. Die vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels initiierte Aktion gibt es seit 1959. Schleswig-Holstein siegte zuletzt mit einem Vorleser aus Norderstedt im Schuljahr 2004/2005. Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Ziel ist es, Aufmerksamkeit für das Kulturgut Buch zu erregen, Leselust zu wecken und die Lesekompetenz von Kindern zu stärken.



## Der Land-Tag in LEICHTER SPRACHE

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

### Krach auf der Kieler Woche



Der Landes-Beauftragte für Menschen mit Behinderung machte schon zum fünften Mal den Krach-Mach-Tach. Dort wird Krach gemacht für Inklusion.

Der Tag soll allen Menschen zeigen: Es ist normal, verschieden zu sein. Es ist gut, wenn es ganz viele unterschiedliche Menschen gibt. Der Lärm soll zeigen: Jeder ist normal, so wie er ist.

Der Krach-Mach-Tach war wieder in der Kieler Woche. Die Kieler Woche ist jedes Jahr am Ende vom Juni. Ganz viele Menschen waren da. Mehr als 400 behinderte und nicht-behinderte Menschen gingen durch die Stadt – wie bei einer Demonstration.

Manche von ihnen waren in Gruppen unterwegs. Die hatten tolle Wagen gebaut und geschmückt. Mit ihren Musik-Instrumenten machten sie großen Lärm. Es gab einen großen Krach-Macher-Wettbewerb. Es gab auch einen Musik-Wettbewerb.

Einige Leute waren extra da, um alles zu bewerten. Die nennt man Jury. Die Jury entschied, wer am besten Krach gemacht hat. Sie entschied auch, wer die beste Musik gemacht hat. Die Besten bekamen 1.000 Euro.

Dieses Mal haben elf Gruppen mitgemacht. Eine Fußball-Mannschaft aus Husum hat den Krach-Macher-Preis gewonnen.

Den Musik-Preis bekam die Gruppe „Spektakel“ von den Mürwiker Werkstätten in Flensburg. Die Gewinner haben sich sehr gefreut.

#### ERKLÄRUNG:

**Inklusion:** Jeder Mensch soll selbst-bestimmt am Leben teilnehmen. Das heißt: Jeder soll so leben können, wie er möchte. Auch wenn man eine Behinderung hat. Die Gesellschaft soll helfen, dass einem trotzdem nichts im Weg steht. Wenn das klappt, nennt man das Inklusion.





Der beste Krach-Macher aus Husum: ein Apparat gegen Abseits beim Fußball und im Alltag.



Der Mädchentreff Relä aus Kiel. Hier tanzen Mädchen mit und ohne Behinderung zusammen.



Ulrich Hase ist Landes-Beauftragter für Menschen mit Behinderung. Er sagt: Krach schafft Aufmerksamkeit.



Platz zwei für die Krach-Macher aus Mölln. Sie kommen vom Lebenshilfswerk Mölln-Hagenow.



Die Sieger kamen vom Theodor-Schäfer-Berufsbildungs-Werk in Husum und vom Husumer Sport-Verein. Sie spielen gemeinsam Fußball in der Kreis-Klasse Süd. Sie machten den meisten Krach.



## DER LANDTAG INFORMIERT.



Alle Broschüren kostenlos  
unter  
[bestellungen@landtag.ltsh.de](mailto:bestellungen@landtag.ltsh.de)

## ABGEORDNETE IM PORTRAIT:

Heike Franzen, CDU  
geb. am 21. Februar 1964  
in Essen  
wohnt in Schuby  
evangelisch, verheiratet,  
ein Sohn, ein Pflegekind  
Hausfrau



**Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...**

... eines beschließen, das Alleingänge bei Gesetzen nicht zulässt. Ich bin überzeugte Demokrat. Gesetze sind die „Spielregeln“ einer Gesellschaft und müssen von der Mehrheit der gewählten Vertreter getragen werden. Alles andere wäre undemokratisch.

**Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...**

... wieder Abgeordnete werden. Ich habe mich aus Überzeugung für dieses Amt beworben und würde es jederzeit wieder tun.

**Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...**

Ich glaube, es geschieht schon Einiges, um Jugendliche für Politik zu interessieren: allein das Angebot des Landtages mit Jugendparlament und vielen weiteren Aktivitäten. Mir erscheint die persönliche Ansprache die beste Möglichkeit zu sein, daher habe ich immer wieder Praktikantinnen und Praktikanten, die mich in meinem Abgeordnetenalltag begleiten. Ich versuche mich so oft wie möglich mit Jugendlichen zu bestimmten Themen zu treffen; kürzlich erst zum Religionsunterricht in Schulen. Was wir aber alle sicherlich noch besser machen können, ist unsere Politik so zu formulieren, dass sie auch verstanden wird. Und wir sollten den jungen Menschen noch besser zuhören, um sie zu verstehen und ihre Anliegen in der Politik vertreten zu können.

**Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...**

... eine Mischung aus Miss Marple und Disneyfilmen auf den Schirm holen. Von beiden bin ich ein großer Fan.

**Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...**

... ihn einladen, mit meinem Mann und mir eine Motorradtour durch unser schönes Land zu machen. Von der Westküste, über Heide und Schleswig bis zur Ostküste, mit einem Halt in Maasholm, da gibt es die beste Currywurst weit und breit. Das geht natürlich auch von Nord nach Süd ...

**Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich...**

... gerne ein bisschen in die Zukunft schauen. Ich bin sehr neugierig und fände es spannend zu sehen, wie sich die Welt weiterentwickelt.

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

#### Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Vivien Albers (Volontärin)

Tel. 0431/988-1123, vivien.albers@landtag.ltsh.de

#### Fotos:

R. Baltuschun, T. Eisenkrätzer, M. August, K. Blaas, V. Albers, J. Wergin, Landesarchiv, D. Posselt, W. Baasch, C. Lipovsik, A. Wiese-Krukowska, Paulwip\_pixelio.de, U. Steinbrich\_pixelio.de, C. Ortmeier, Gina Sanders/fotolia.com

#### Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,  
Ringstraße 19, 24114 Kiel, [www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de)

#### Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN / I. Schumacher,  
Gartenstr. 27, 24103 Kiel, [www.loadsmann.de](http://www.loadsmann.de)

#### Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239  
24119 Kronshagen, [www.druckgesellschaftmbh.de](http://www.druckgesellschaftmbh.de)

#### Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L149, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988 1163, Fax 0431/988 1119, [bestellungen@landtag.ltsh.de](mailto:bestellungen@landtag.ltsh.de)

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. Juli 2015

Der Landtag im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)



Justin B.N. Muturi, Präsident der Kenianischen Nationalversammlung, war Ende Juni mit einer Parlamentsdelegation eine Woche lang zu Besuch in Schleswig-Holstein. Im Landeshaus trug er sich ins Gästebuch des Landtages ein. Neben einem Treffen mit dem Ältestenrat standen auch Besuche in Lübeck und Flensburg auf dem Programm der afrikanischen Gäste.



Die Klasse 10c der Theodor-Storm-Gemeinschaftsschule Hanerau-Hademarschen hat den Geschichtswettbewerb des Volksbundes Kriegsopferfürsorge gewonnen, der unter dem Motto „Krieg ist nicht an einem Tag vorbei“ stand. Der Lohn: 1.000 Euro, gestiftet von der PSD-Bank. Die Schüler erforschten die Geschichte eines Hilfskrankenhauses, das im Zweiten Weltkrieg in ihrer Gemeinde eingerichtet wurde. Dort wurden Kriegsopfer versorgt, zum Beispiel Bombengeschädigte aus Kiel oder Zwangsarbeiter. Die Hälfte ihres Preisgelds wollen die Schüler für wohltätige Zwecke spenden.



Alexandra Koroliuk, Landes- und Bundessiegerin bei „Jugend musiziert“ im Bereich Musical, führte Ende Juni im Landeshaus ihr Programm vor. Die 14-jährige Kielerin präsentierte im Rahmen der Reihe „Die halbe Stunde der Besten“ Songs aus „Cabaret“ und „Chicago“.

## ZU BESUCH IM LANDES- HAUS

Die vier parlamentarisch gewählten Bürgerbeauftragten der deutschen Bundesländer kamen Mitte Juni in Kiel zusammen. Themen des Treffens waren Hartz IV, die Flüchtlingspolitik und bürgerfreundliche Behörden. V. li.: Kurt Herzberg (Thüringen), Samiah El Samadoni (Schleswig-Holstein), Dieter Burgard (Rheinland-Pfalz), Matthias Crone (Mecklenburg-Vorpommern).



Zwei schleswig-holsteinische Olympia-Legenden verfolgten Mitte Juni die Ausschusssitzung zur Bewerbung für die Spiele 2024: Kraft Schepke, Gold im Deutschland-Achter 1960, und Willi Holdorf, Sieger im Zehnkampf 1964.





Nr. 2/2015 C 2086

Falls Empfänger-Adresse nicht mehr zutreffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen und korrigiert **zurücksenden an:**

**Schleswig-Holsteinischer Landtag,  
Referat für Öffentlichkeitsarbeit,  
L149, Postfach 7121, 24171 Kiel**

## TERMINE, TERMINE, TERMINE ...

### Der Landtag lädt zum Offenen Besucherabend

Das Referat für Öffentlichkeitsarbeit lädt interessierte Bürger auch im zweiten Halbjahr zum Offenen Besucherabend ins Landeshaus ein.

An fünf Montagen stehen der Plenarsaal sowie weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes den Gästen offen. Dazu gehören auch zwei Führungen auf Plattdeutsch, die der Schleswig-Holsteinische Heimatbund anbietet. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt jeweils um 18 Uhr im Eingangsbereich. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine: 31. August; 7. September (op Platt); 28. September; 30. November; 7. Dezember (op Platt).

### „Jugend im Landtag“ trifft sich Ende November

Am Wochenende vom 27. bis zum 29. November lädt der Landtag wieder Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein ins Landeshaus ein. Das alljährliche Treffen der „Jugend im Landtag“ findet bereits zum 29. Mal statt. Junge Leute zwischen 15 und Anfang 20 diskutieren miteinander, erarbeiten Anträge und fassen Beschlüsse. Der Forderungskatalog der Jugendlichen wird dann der „großen“ Politik zur Stellungnahme vorgelegt. „Echte“ Politiker fungieren als Berater. Wer die Debatten journalistisch begleiten möchte, kann im Pressteam mitarbeiten.

Interessierte können sich bei Susanne Keller vom Besucherdienst bewerben. Tel.: 0431/988-1118, oder: susanne.keller@landtag.lsh.de

### Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Sommer wieder im Lande unterwegs, um interessierte Bürger vor Ort zu beraten.

Datum	Uhrzeit	Ort	Adresse
Donnerstag, 6. August	10 – 17 Uhr	Lübeck	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150
Mittwoch, 12. August	12 – 16 Uhr	Elmshorn	Kreisverwaltung Pinneberg, Kurt-Wagener-Straße 11
Dienstag, 18. August	11 – 15 Uhr	Heide	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstr. 21
Donnerstag, 20. August	13 – 17 Uhr	Schwarzenbek	Rathaus, Ritter-Wulf-Platz 1
Donnerstag, 27. August	10 – 17 Uhr	Nortorf	Rathaus, Niedernstraße 6
Donnerstag, 3. September	10 – 17 Uhr	Lübeck	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150
Dienstag, 15. September	11 – 15 Uhr	Heide	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstr. 21

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in Kiel, Karolinenweg 1: jeden Mittwoch von 15:00 Uhr bis 18:30 Uhr.

### Ausschüsse beraten den Haushalt

Die Ausschusssitzungen im zweiten Halbjahr stehen im Zeichen der Haushaltsberatungen. Nach der Ersten Lesung im Plenum, voraussichtlich am 16. September, folgt die Detailarbeit:

**Montag, 5. Oktober, 10:00 Uhr:**

Finanzausschuss mit Bildungs-, Sozial- sowie Innen- und Rechtsausschuss – Haushalte des Landtages, des Bildungs- sowie des Sozialministeriums

**Mittwoch, 7. Oktober, 10:00 Uhr:**

Finanzausschuss mit Wirtschafts-, Sozial- sowie Umwelt- und Agrarausschuss – Haushalte des Wirtschafts-, Finanz- und Umweltministeriums

**Donnerstag, 8. Oktober, 10:00 Uhr:**

Finanzausschuss mit Europa-, Bildungs- sowie Innen- und Rechtsausschuss – Haushalte der Staatskanzlei, des Justiz- und des Innenministeriums sowie des Landesrechnungshofes

**Donnerstag, 19. November, 13:00 Uhr:**

Finanzausschuss – Nachschiebeliste der Landesregierung

**Donnerstag, 3. Dezember, 10:00 Uhr:** Finanzausschuss – Änderungsanträge der Fraktionen

**Donnerstag, 10. Dezember, 10:00 Uhr:** Finanzausschuss – Beschlussfassung zum Haushalt

**16. bis 18. Dezember:**

Zweite Lesung im Plenum

**Daneben gibt es folgende reguläre Termine:**

**Innen- und Rechtsausschuss:** 2. September, 9. September, 23. September, 30. September, 7. Oktober, 4. November, 11. November, 25. November, 2. Dezember

– jeweils mittwochs um 14:00 Uhr

**Finanzausschuss:** 10. September, 24. September, 1. Oktober, 5. November, 26. November, 3. Dezember – jeweils donnerstags um 10:00 Uhr

**Bildungsausschuss:** 10. September, 1. Oktober (in Lübeck), 5. November, 26. November – jeweils donnerstags um 14:00 Uhr

**Sozialausschuss:** 3. September, 8. Oktober, 12. November, 3. Dezember

– jeweils donnerstags um 14:00 Uhr

**Umwelt- und Agrarausschuss:** Do., 3. September (auf der NORLA in Rendsburg).

Termine im Landeshaus: 9. September, 7. Oktober, 11. November, 2. Dezember

– jeweils mittwochs um 14:00 Uhr

**Wirtschaftsausschuss:** 2. September, 7. Oktober, 11. November, 2. Dezember

– jeweils mittwochs um 10:00 Uhr

**Europaausschuss:** 9. September, 30. September, 4. November, 2. Dezember

– jeweils mittwochs um 10:00 Uhr

**Petitionsausschuss:** 8. September, 22. September, 6. Oktober, 3. November, 17. November, 1. Dezember

– jeweils dienstags um 10:00 Uhr (Die Sitzungen des Petitionsausschusses sind in der Regel nicht öffentlich, da hier die persönlichen Anliegen von Bürgern beraten werden)

**Die Räume sowie eventuelle Terminverschiebungen stehen im Internet: sh-landtag.de unter der Rubrik „Dokumente“.**